



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Ausbildungsabgabe und
kein Ende

Eckwerte zur Reform der
beruflichen Bildung

BBB und DGB ziehen am
gleichen Strang

Strukturwandel in der
Lehrerbildung



„Das höhere Ziel
von Schule ist Erziehung“

Hermann Lietz (1868 – 1919)



Auch Eltern und
Schüler demonstrieren
gegen den
Bildungsabbau

HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de

Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 54 24 86

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 06: 2004-05-03
für Heft 07: 2004-06-14
für Heft 08: 2004-07-12

ISSN 0942 – 6930

Themen des Tages

- 3 Hermann Sauerwein: Ausbildungsplatzabgabe und kein Ende

Bildungspolitik

- 4 Hermann Sauerwein: Eckwerte zur Reform der beruflichen Bildung
6 Spitzengespräch im Kultusministerium
Ein völlig neuer Weg zur Hochschulreife
7 Aus dem BiBB: Gerechtigkeitslücke schließen
8 Peter Thiel: Gedanken zu Hildesheim
9 Bei Gewalttaten härter durchgreifen
„Duales Studium“ mit Lehre

Dienstrecht

- 10 BBB und DGB ziehen am gleichen Strang
11 Beamtenbund erhöht Schlagzahl
Das Kultusministerium zu Fortbildung und Unterrichtspflichtzeit
12 Der HPR informiert: Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung
13 Gegen Formular-Chaos bei Riester-Rente
Hessen läßt Lehrerbelastung untersuchen

Lehrerbildung

- 14 Heiko Pohlmann: Gravierender Strukturwandel steht bevor
15 Georg Krax: Neue Lehrer braucht das Land
17 Dorothea Helbig: Mehr Kapazitäten zur Ausbildung von Fachlehrern
18 Radikale Veränderungen für Studienanfänger

Die Lehrerseite

- 19 Peter Thiel: Gedanken über Hermann Lietz

VLB-Initiativen

- 21 Schriftsätze des VLB an das Kultusministerium
und an Kultusministerin Hohlmeier
23 Schreiben der abl an die Tourismusverbände

Unterricht und Pädagogik

- 24 Christiane Zinth: Kooperation mit ausländischen Wirtschaftsschülern

VLB-Online

- 25 Johannes Münch: Software und Medien für Schulen
26 VLB-Mitgliederservice: Digitalkamera-Aktion

Aus dem Verbandsleben

Bezirks- und Kreisverbände

- 27 BV Unterfranken, KV Oberfranken-Nord-Ost

Fachgruppen

- 30 FG Handelsberufe, AK Fachlehrer

Studenten

- 31 Studenten-Fachtagung

Personalien

- 31 Personalien

Termine

- 34 Termine

Umschau

- 35 Vermischtes
37 Leser schreiben

Titelfotos: H. Geiger; H. Lietz-Archiv

Ausbildungsplatzabgabe und kein Ende

HERMANN SAUERWEIN

Die Wogen schlagen seit Wochen hoch: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und insbesondere die Politiker streiten öffentlich und mit immer härteren Bandagen darüber, ob nun eine Ausbildungsplatzabgabe angebracht, nötig, überflüssig oder gar kontraproduktiv ist.

Was war geschehen? Am 11. November 2003 beschloss die SPD-Bundestagsfraktion eine Ausbildungsplatzabgabe für all jene Unternehmen einzuführen, die nicht oder nur unzureichend ausbilden. Auslöser war sicherlich die erneut negativ ausgefallene Lehrstellenbilanz des letzten Jahres. Bereits im vierten Jahr in Folge wurden weniger Ausbildungsverträge als im jeweiligen Vorjahr abgeschlossen. 1999 gab es bundesweit noch 631 015 Vertragsabschlüsse, in 2003 waren es nur noch 560 086.

„Diese Entwicklung scheint darauf hin zu deuten, dass der dualen Berufsausbildung allmählich quantitativ eine geringere Bedeutung innerhalb des Berufsbildungssystems zukommt, als dies früher der Fall war“, heißt es im Berufsbildungsbericht 2004 der Bundesregierung.

Die Wirtschaftsweisen warnen vehement vor weiteren Jobverlusten. „Statt ein weiteres bürokratisches Muster zu schaffen, sollten lieber die Lehrlingsvergütungen reduziert und Ausbildungsgänge verschraubt werden“, so Wolfgang Franz, Wirtschaftsweiser der Bundesregierung.

Begrüßt wird die Abgabe von Gewerkschaftern. „Die Unternehmen müssen nun ihren Verpflichtungen nachkommen und genügend Lehrstellen zur Verfügung stellen“ sagte Fritz Schösser vom DGB.

Argumente für und wider eine „Zwangsabgabe“ für nicht (genügend) ausbildende Betriebe sind ebenso wenig neu wie die wirtschaftspolitische Diskussion über dieses sensible Thema. Fakt bleibt, dass z. Zt.

nicht einmal 30 % der ausbildungsfähigen Betriebe Lehrstellen anbieten (s. auch nebenstehende Grafik der SZ vom 01. März 2004).

Die Mehrheit entzieht sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung, profitiert aber in der Regel vom Engagement der anderen.

Regionale Unterschiede – ungeliebte Berufe

Die letzten Statistiken weisen aus, dass im Süden die Situation für Bewerber besser war als im Norden. Dort, wo ein ausgeglichenes Verhältnis herrscht, finden die offensichtlich wenig attraktiven Ausbildungsberufe – oft zur Besorgnis der betroffenen Betriebe – keine Auszubildenden. Staatliche Förderprogramme und die Nachvermittlung durch die Arbeitsagenturen lösen das Grundproblem auch nicht.

Berufsbildungssystem auf dem Prüfstand

Die Frage ist: Spiegelt die „starke Zurückhaltung“ der Unternehmen in der beruflichen Erstausbildung nur eine zeitlich begrenzte, konjunkturell bedingte Störung des Gleichgewichts auf dem Ausbildungsmarkt wider oder befinden wir uns mitten in einem Strukturwandel des Ausbildungssystems?

In Zeiten enormen technischen Wandels treten die auf Ausbildung basierenden berufstypischen fachlichen Qualifikationen zurück.

Die sich in den Betrieben vollziehenden neuen ökonomischen Strategien und die sich ändernden Organisationsformen fordern stärker „wissensorientierte Berufe“ mit negativen Auswirkungen auf die Zahl der Ausbildungsplätze. Eine tiefgreifende Reform des traditionellen Berufsausbildungssystems scheint zwingend erforderlich.

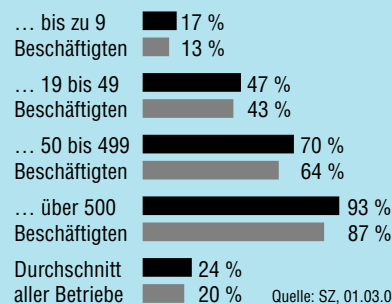
Die Ausbildungsplatzabgabe ist offenbar nicht das richtige Instrument, um diese Strukturkrise der dualen Berufsausbildung zu lösen.

LEHRSTELLEN

Ausbildungsreserven

Eine Ausbildungsplatzabgabe würde das Lehrstellenproblem nicht lösen. Viele Betriebe könnten sich freikaufen. Es gäbe also weniger Lern-Jobs für Schulabgänger. Gleichwohl gibt es noch viel zu viele Betriebe, die überhaupt nichts für den Nachwuchs tun.

Anteil der ausbildenden Betriebe an Betrieben mit ...



Fazit

Das duale Berufsausbildungssystem ist den Herausforderungen der Zeit nicht (mehr) gewachsen. Es ist zu stark von der Konjunktur abhängig.

Der Staat hat die Verpflichtung – neben der Hochschulausbildung – auch die berufliche Erstausbildung zu fördern und weiter zu entwickeln. Er kann sich seiner Ausbildungsverpflichtung gegenüber der jungen Generation nicht entziehen.

Die beruflichen Schulen sind mit ihren Berufsfachschulen eine notwendige, sinnvolle und dauerhafte Ergänzung der dualen Ausbildung. In ein- bzw. zweijähriger Form mit anschließender dualer Ausbildung oder in vollzeitschulischer Form (mit Betriebspraktika) führen sie zu anerkannten Berufsabschlüssen. Gerade in wirtschaftlich schwachen Gebieten können sie im Rahmen beruflicher Kompetenzzentren eine wichtige Rolle bei der Versorgung der Region mit qualifizierten Fachkräften spielen.

Wenn es dann noch gelänge, die Ausbildungsplatzabgabe für die Finanzierung dieser Kompetenzzentren mit einzusetzen, dann stünde einem erweiterten Angebot an Berufsfachschulen, wie in zahlreichen europäischen Nachbarländern, nichts mehr im Wege – oder? <

Eckwerte zur Reform der beruflichen Bildung:

Deutliche Fortschritte ohne entscheidenden Durchbruch

HERMANN SAUERWEIN

Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung vorgelegten „Eckwerte zur Reform der beruflichen Bildung“ zeigen deutliche Ansätze, die Leistungen der beruflichen Schulen anzuerkennen – für eine grundlegende Reform zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes bleibt das Papier jedoch hinter den Erwartungen zurück. Es muss noch stark nachgebessert werden.

Ausgehend vom Gedanken der Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes wird offen seine Abhängigkeit von der schwachen Konjunktur als Achillesferse des Berufsbildungssystems genannt. Die negative Auswirkung verstärkt sich durch die Tatsache, dass nur ca. 30 % aller Betriebe in Deutschland überhaupt ausbilden. Zur Verbesserung der Situation werden Ausbildungsverbände, Ausbildungsnetzwerke sowie ein externes Ausbildungsmanagement vorgeschlagen.

Gleichwohl wird anerkannt, dass Absolventen vollschulischer Berufsbildungsgänge zur Kammerprüfung zugelassen werden; wenn die Voraussetzungen gegeben sind, soll ein Rechtsanspruch auf Zulassung im BBiG verankert werden.

Hiermit wird eine lang gestellte Forderung des VLB und seiner Spitzenverbände BLBS und VLW aufgegriffen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es unverständlich ist, wenn die anspruchsvollen beruflichen Bildungsgänge an Vollzeitschulen aus ideologischen Gründen dualen Bildungsgängen nicht gleichgesetzt werden und dass damit massiv verlängerte Ausbildungszeiten den Absolventen und der Gesellschaft zugemutet werden, (z.B. bei den Assistentenberufe). Die Frage bleibt dennoch offen, warum der Abschluss vollschulischer Ausbildungsgänge nicht

direkt den Kammerabschlüssen gleichgesetzt werden kann.

Positiv ist festzustellen, dass die uralte Forderung des VLB aufgenommen wurde, den Lehrkräften beruflicher Schulen in den Berufsbildungsausschüssen der Kammern ein Stimmrecht zuzugebilligen. Damit scheint die Statistenrolle der Lehrkräfte als nur beratende Mitglieder endlich beendet.

Unsere zentrale Forderung, die schulischen Leistungen unserer Berufsschüler in das Ergebnis der Berufsabschlussprüfungen einzubeziehen, wird nur sehr halbherzig angegangen. Der Prüfungsausschuss soll „für einzelne Prüfungsgegenstände gutachterliche Stellungnahmen Dritter einholen“. Dies können wir nicht akzeptieren.

Wir fordern nach wie vor, die in den Berufsschulen erzielten Leistungen der Schüler in einem klar definierten und gleichgewichtigen Maße in den Berufsabschluss einzubeziehen.

Viele weitere Positionen des Eckwertepapiers beschrieben unstrittig Empfehlungen zur Weiterentwicklung der beruflichen Bildung, wie z.B. die Förderung der Benachteiligten, die internationale Dimension der Berufsbildung sowie die Effizienz und Schnelligkeit bei der Neuordnung von Berufen u.a. mehr.

Nachfolgend einige (wesentliche) Auszüge aus dem Eckwertepapier vom 09. Februar 2004

Zur Reform des BBiG:

...

Ausbildung für alle

Es ist nicht hinnehmbar, dass Jugendliche am Anfang ihres Berufslebens auf ein Wiederanspringen der Konjunktur oder in „Warteschleifen“ vertröstet werden. Wenn die Wirtschaft nicht in der Lage ist ein hinreichendes Ausbildungsstellenangebot für jeden Jahrgang sicherzustellen, muss den Ju-

gendlichen und jungen Erwachsenen eine verlässliche Alternative angeboten werden:

- Die Bundesregierung wird deshalb die Regelungen für die Zulassung von Absolventen vollzeit-schulischer Berufsbildungsgänge zur Kammerabschlussprüfung ändern. Soweit die zuständige Landesbehörde bestätigt, dass ein vollzeitschulischer Ausbildungsgang der Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf entspricht, erhält der Schulabgänger einen Rechtsanspruch für die Zulassung zur Kammerabschlussprüfung. Diese Regelung beinhaltet gleichzeitig das Angebot an die Länder, ihre schulischen Berufsbildungsgänge von Anfang an auch auf das Ziel einer Kammerabschlussprüfung auszurichten. Die Länder sind zugleich aufgefordert, ihre vollzeitschulischen Berufsbildungsangebote – so noch nicht geschehen – mit weiterführenden Schulabschlüssen zu verknüpfen.
- Die Zulassungsregelungen zur Abschlussprüfung für Personen mit sonstigen einschlägigen Vorerfahrungen werden modifiziert. U. a. soll die Anschlussfähigkeit zweijähriger Berufe durch einen erleichterten Zugang der Absolventinnen und Absolventen zur Abschlussprüfung in verwandten dreijährigen Berufen verbessert werden.
- Ebenso wird die Verwertbarkeit von Teilqualifikationen, die z. B. in beruflichen Schulen erworben werden, auf eine sich anschließende betriebliche Ausbildung verbessert. Auch hier soll den Ländern ein größerer Spielraum gegeben werden, ihre schulischen Angebote anrechnungsfähig zu machen.

...

Neue Chancen für Benachteiligte

Bereits seit Anfang 2003 ist die Berufsausbildungsvorbereitung in das Berufsbildungsgesetz integriert. Betrieben wird damit ermöglicht, benachteiligten Jugendlichen erste Grundlagen beruflicher Handlungsfähigkeit durch Qualifizierungsbauste-

ne zu vermitteln. Eine Rechtsverordnung, die die nähere Ausgestaltung dieser Qualifizierungsbausteine regelt, ist im August 2003 in Kraft getreten.

- Um es Betrieben zu erleichtern, die für die besondere Personengruppe erforderliche sozialpädagogische Betreuung sicherzustellen, wurde Anfang Januar 2004 durch das Dritte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt eine entsprechende Fördermöglichkeit im SGB III verankert.
- Durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wurde das BBiG dahingehend geändert, dass Betriebe, die Berufsausbildungsvorbereitungsmaßnahmen anbieten, dieses der zuständigen Stelle anzeigen. Hiermit wird ermöglicht, dass die zuständigen Stellen die ihnen obliegenden Aufsichts- und Beratungspflichten effektiv wahrnehmen können. Die Änderung wird zum 1. Januar 2005 in Kraft treten.
- Um eine Evaluierung der so geschaffenen neuen Berufsausbildungsvorbereitungsmaßnahmen in den kommenden Jahren vorzubereiten, wurde ebenfalls durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt das Berufsbildungsförderungsgesetz mit dem Ziel geändert, statistische Angaben über die Berufsausbildungsvorbereitungsmaßnahmen zu erhalten.

...

Internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern

- Die Möglichkeit, mit Zustimmung des Auszubildenden Teile der Ausbildung im Ausland durchzuführen, wird rechtlich abgesichert. Dabei soll ein Auslandsabschnitt nicht – wie in manchen anderen europäischen Staaten – ein auf die Ausbildung anrechenbarer Tatbestand sein, sondern integraler Bestandteil der Ausbildung. Das bedeutet auch, dass das Vertragsverhältnis zwischen Auszubildendem und Auszubildendem fortbesteht und beide Vertragsparteien ihren Ver-

pflichtungen nachkommen müssen.

- Gleichzeitig wird durch flexible Regelungen gewährleistet, dass die zuständigen Stellen ihren Überwachungspflichten in geeigneter Weise nachkommen können.

...

Regionale Verantwortung und Kooperation fördern

- Das Gesetz kann jedoch unterstützende Strukturen für dieses Zusammenwirken anbieten. Die Berufsausbildungsausschüsse sollen zu einer zentralen Kommunikationsplattform für Berufsbildung in den Regionen ausgebaut werden. Diesem „gemeinsamen Berufsbildungsausschuss“ wird die regionale Berufsbildungsplanung als neue Aufgabe zugewiesen. Ziel ist es, ein gemeinsames Verständnis über die erforderlichen Maßnahmen herbeizuführen, die zur Stärkung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes in der Region erforderlich sind.
- Deshalb sollen auch weitere regionale Akteure wie z. B. die Arbeitsverwaltung, die Kommunen, die Schulen und die Träger an den Beratungen des gemeinsamen Berufsbildungsausschusses teilnehmen und gehört werden.
- Es bietet sich an, den gemeinsamen Berufsbildungsausschuss bei einem in der Region bestehenden, insoweit federführenden Berufsbildungsausschuss anzusiedeln.
- Eine bundesgesetzliche Vorgabe hinsichtlich der Definition einer „Region“ empfiehlt sich nicht. Es ist deshalb beabsichtigt, den Landesausschüssen für Berufsbildung eine entsprechende Aufgabe zuzuweisen.
- Die Aufgaben, der weiterhin bei den zuständigen Stellen eingerichteten Berufsbildungsausschüsse im übrigen sollen in Form von Regelbeispielen klarer gefasst werden.
- Der Bedeutung der beruflichen Schulen für die berufliche Ausbildung und Ausbildungsplatzsicherung entsprechend sollen die Berufsschullehrer dort ein Stimmrecht erhalten.

- Beim Bundesministerium für Bildung und Forschung wird ein nationaler Berufsbildungsrat eingerichtet, der die gesellschaftlichen Anstrengungen zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes bündelt und die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsbildung berät.

...

Qualität und Verlässlichkeit erhalten

- Durch eine Erweiterung der Ermächtigungsgrundlage für Erprobungsverordnungen soll die Flexibilität zur Entwicklung und Erprobung neuer Ausbildungsformen und Ausbildungsberufe ausgedehnt werden.
- Die Möglichkeit, Teile der Abschlussprüfung bereits während der Ausbildung abzulegen („gestreckte Abschlussprüfung“) soll als alternative Prüfungsmethode gesetzlich verankert werden.
- Für den Prüfungsausschuss soll die Möglichkeit geschaffen werden, für einzelne Prüfungsgegenstände gutachterliche Stellungnahmen Dritter einzuholen. Damit wird z. B. den Berufsschulen die Möglichkeit eröffnet, die dort erbrachten Leistungen mit in die Bewertung durch den Prüfungsausschuss einzubringen.
- Es wird klargestellt, dass sich der Prüfungsausschuss zentral erstellter Prüfungsaufgaben bedienen kann, sofern diese von einem paritätisch zusammengesetzten Gremium beschlossen wurden.
- Die in immer schnellerem Wandel begriffene berufliche Wirklichkeit fordert auch vom Staat, zügig und flexibel auf Veränderungen zu reagieren. Neuentwicklungen müssen noch rascher erkannt, aufgegriffen und in staatliches Handeln umgesetzt werden. Deshalb sollen die bestehenden Gremienstrukturen beim Bundesinstitut für berufliche Bildung verschlankt werden (insbesondere durch Abschaffung des Länderausschusses, der Fachausschüsse sowie eine Vereinigung von Ständigem Ausschuss und Hauptausschuss). <

Spitzengespräch im Kultusministerium

Ende Februar fand im Kultusministerium ein Spitzengespräch zwischen dem VLB und MD Josef Erhard statt. Der Verband war vertreten durch seinen Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein und Berthold Gehlert, den Leiter des Arbeitskreises Schulleiter im VLB. Folgende Themen standen auf der Tagesordnung:

- die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Ausbildung der Fachlehrer im Bereich Gesundheits- und Pflegeberufe,
- Schulversuche zur FOS 12E und FOS 13E (Standorte, Ziele Abschlüsse),
- die Vereinheitlichung der Schulaufsicht für berufliche Schulen.



Gesprächspartner auf gleicher Augenhöhe, von links Berthold Gehlert (VLB), MD Josef Erhard, Hermann Sauerwein (VLB).

- Die geplante Arbeitszeiterhöhung,
- die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit und die zu erwartenden Auswirkungen,
- die Einstellungssituation 2004,
- die Umstellung auf BA/MA in der Lehrerbildung sowie entsprechende Neugestaltung der Studiengänge,

Standorten (siehe dazu auch beiliegende Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 3. März 2004). Über die Ausbildung der Fachlehrer im Bereich Gesundheit/Pflege besteht noch keine Klarheit. Auch zum Thema Arbeitszeiterhöhung ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. *HS.*

Festgestellt werden konnte weitgehende Übereinstimmung bei der Beurteilung der angesprochenen Probleme, vor allem in der Frage der Vereinheitlichung der Schulaufsicht. Das Kultusministerium wird im kommenden Herbst in jedem Fall einen Einstellungskorridor schaffen. Die FOS 13 startet im Herbst mit 19

Der Schulversuch FOS13 steht überdurchschnittlich erfolgreichen Absolventen der FOS12 mit einem Notendurchschnitt von mindestens 2,5 im Zeugnis der Fachhochschulreife offen. Er wird in den Ausbildungsrichtungen Technik, Wirtschaft/Verwaltung/Rechtspflege, Sozialwesen und Gestaltung angeboten. Die Schülerinnen und Schüler werden weitgehend nach dem Lehrplan der 13. Jahrgangsstufe der Berufsoberschule (BOS) unterrichtet und legen eine mit der BOS identische Prüfung zur Erlangung der fachgebundenen Hochschulreife ab. Bei Nachweis ausreichender Kenntnisse in einer zweiten Fremdsprache erhalten sie sogar die allgemeine Hochschulreife. „Die FOS13 soll Schülerinnen und Schülern, deren Begabung erst später zum Tragen gekommen ist, einen attraktiven Weg an die Universitäten öffnen. Wir gehen damit einen wichtigen Schritt zur Erweiterung der Durchlässigkeit unseres Schulsystems und erhöhen unsere Abiturientenquote bei unvermindert hoher Qualität“, freute sich Kultusministerin Hohlmeier. In den 19 ausgewählten Standorten können ca. 400 Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 12, die den Notenschnitt erreichen, ab nächstem Schuljahr von dem Schulversuch profitieren. Die Standorte des Schulversuchs wurden bayernweit regional ausgewogen verteilt. Ausgewählt wurden Schulen, die entsprechende räumliche und personelle Voraussetzungen aufweisen und darüber hinaus für eine Mehrheit der Schülerinnen und Schüler auch verkehrstechnisch günstig liegen. Die folgende Aufstellung enthält die Standorte und Ausbildungsrichtungen der vorgesehenen Schulen des Schulversuchs:

Nordbayern

Staatl. Fachoberschule Ansbach

Pfarrstr. 21/23

91522 Ansbach, Wirtschaft

Staatl. Fachoberschule Aschaffenburg

Pfaffengasse 24

63739 Aschaffenburg, Technik

Staatl. Fachoberschule Bamberg

Ohmstr. 17

96050 Bamberg, Sozialwesen

Pressemitteilung des Kultusministeriums, 3. März 2004:

Erfolg für den VLB: Ein völlig neuer Weg zur Hochschulreife

Für die Schülerinnen und Schüler an bayerischen Fachoberschulen wird es vom nächsten Schuljahr 2004/05 an ein neues Angebot geben. „Wir eröffnen einen völlig neuen Weg zur Hochschulreife. Im Rahmen eines Schulversuchs an 19 Standorten kön-

nen besonders begabte Schülerinnen und Schüler der Fachoberschule ein dreizehntes Schuljahr besuchen und auf diese Weise entweder eine fachgebundene oder allgemeine Hochschulreife erlangen“, sagte Kultusministerin Hohlmeier.

Staatl. Fachoberschule Bayreuth

Körnerstr. 6

95448 Bayreuth, Wirtschaft

Staatl. Fachoberschule Erlangen

Drausnickstr. 1 c

91052 Erlangen, Technik

Staatl. Fachoberschule Kitzingen

Thomas-Ehemann-Str. 13 a

97318 Kitzingen, Wirtschaft

Staatl. Fachoberschule Nürnberg

Schafthofstr. 25

90411 Nürnberg, Gestaltung

Südbayern**Staatl. Fachoberschule Augsburg**

Alter Postweg 86 a

86159 Augsburg, Sozialwesen

Staatl. Fachoberschule Bad Tölz

Alter Bahnhofplatz 10

83646 Bad Tölz, Wirtschaft

Staatl. Fachoberschule Kaufbeuren

Josef-Fischer-Str. 5

87600 Kaufbeuren, Wirtschaft

Staatl. Fachoberschule München

Orleanstr. 44, 81667 München, Technik

Staatl. Fachoberschule Neu-Ulm

Memminger Str. 48

89231 Neu-Ulm, Technik

Ostbayern**Staatl. Fachoberschule Altötting**

Neuöttinger Str. 64 c

84503 Altötting, Wirtschaft

Aloys-Fischer-Schule,**Staatl. Fachoberschule Deggendorf**

Jahnstr. 5

94469 Deggendorf, Wirtschaft

Staatl. Fachoberschule Ingolstadt

Oberer Graben 4

85049 Ingolstadt, Wirtschaft

Staatl. Fachoberschule Regensburg

Landshuter Str. 61

93053 Regensburg, Technik

Staatl. Fachoberschule Rosenheim

Westerndorfer Str. 45

83024 Rosenheim, Technik

Staatl. Fachoberschule Schwandorf

Glätzlstr. 29

92421 Schwandorf, Sozialwesen

Gustav-von-Schlör-Schule,**Staatl. Fachoberschule Weiden i.d.Opf.**

Luitpoldstr. 24

92637 Weiden i.d.Opf., Technik

Schüler und Absolventen können sich ab Montag, den 8. März bis Freitag, den 19. März an den Versuchsschulen anmelden.

Pressemitteilung des BiBB, 3. März 2004:

„Gerechtigkeitslücke“ schließen und durch neue Konzepte ergänzen

„Eine entscheidende Voraussetzung zur Versorgung der Jugendlichen mit einer ausreichenden Zahl betrieblicher Ausbildungsplätze ist die Schließung der „Gerechtigkeitslücke“ zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben. Erforderlich sind dazu entsprechende Vereinbarungen über einen finanziellen Ausgleich auf regionaler und Branchen-Ebene. Hierzu bedarf es der Einsicht, des Willens und der konkreten Initiativen der verantwortlichen Wirtschaftsverbände ebenso wie der Tarifparteien. Derartige Lösungen sind besser und wirkungsvoller als gesetzliche Umlagefinanzierungen mit Hilfe zentraler Fonds, die ohne komplizierte Verfahren und bürokratische Apparate nicht auskommen.“ Mit dieser Feststellung im Rahmen seines Kommentars zum Thema „Ausbildungsjahr 2004 wird wieder kritisch – „Gerechtigkeitslücke“ muss geschlossen werden“¹⁾, hat der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB), Prof. Dr. Helmut Pütz, Stellung genommen zur aktuellen Debatte um die Ausbildungsplatzsituation und die Finanzierung der Berufsausbildung in Deutschland.

Seine These: Auch bei einer allmählichen wirtschaftskonjunkturellen Erholung wird die Tendenz zur Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen andauern. Dies habe nicht nur zur Folge, dass die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze das frühere hohe Niveau nicht mehr erreichen könne – langfristig sei dadurch das gesamte Duale System der Berufsausbildung ernsthaft bedroht. Berufliche Bildung in Deutschland müsse daher, so Prof. Pütz, in Teilbereichen neu gedacht und neu organisiert werden.

Als dauerhafte Ergänzung – nicht als Alternative – zum Dualen System schlägt er daher die Umsetzung des Konzepts einer arbeitsteiligen Berufs-

ausbildung nach dem „Sandwich System“ vor, das bereits in einigen Bundesländern und auch in Österreich erfolgreich praktiziert wird. Bei diesem Ausbildungsmodell wechseln sich lange betriebliche Ausbildungsphasen (nicht zu verwechseln mit Betriebspraktika) mit vollzeitschulischen Ausbildungsphasen in Berufsfachschulen ab und enden mit einer Kammerabschlussprüfung. Während der betrieblichen Ausbildungsphasen können die Jugendlichen wie im dualen System Ausbildungsvergütungen erhalten; die vollzeitschulischen Ausbildungsphasen sollten nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz gefordert werden.

In Zeiten permanenter Höherqualifizierung, steigender fachtheoretischer Anforderungen und hoher Erwartungen der einstellenden Betriebe an das Qualifikationsniveau der Facharbeiter und Fachangestellten sei, so Prof. Pütz, ein solcher ergänzender Ausbildungsgang eine zeitgerechte Antwort und Lösung für die andauernden betrieblichen Ausbildungsplatzdefizite. <

¹⁾ Der Kommentar ist erschienen in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift des Bundesinstituts für Berufsbildung, „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“ (BWP), 1/2004, S. 3f.

Unser Kommentar:

Gedanken zu Hildesheim

PETER THIEL

Es ist nicht die Regel, dass sich überregionale Medien mit beruflichen Schulen beschäftigen und wenn überhaupt, dann muss dies schon eine deftige Story hergeben. Eine solche beispielsweise, wie sie kürzlich aus Hildesheim kam. Dort hatte eine ganze Klasse des BVJ einem Mitschüler arg zugesetzt, was in den Redaktionsstuben auf Interesse stieß. Die Würzburger Mainpost z. B. widmete dem Vorfall einen längeren Beitrag: „Unter den Augen ihrer Klassenkameraden“, hieß es da u. a., „haben neun Berufsschüler einen 18-Jährigen in Hildesheim mehrere Monate lang regelmäßig geschlagen, nackt gequält und dabei gefilmt. Videoaufnahmen davon veröffentlichten die Schüler im Internet, berichtete die Staatsanwaltschaft. Vier Berufsschüler gestanden die Serie von Gewalttaten und kamen in Haft ...“. Auch der Rundfunk berichtete „dass in Hildesheim eine ganze Berufsschulklasse verhaftet wurde, weil die jungen Leute einen Mitschüler aufs Fürchterlichste gequält hatten“.

Eher marginal wurde später ergänzt, dass es sich bei der Klasse um ein BVJ gehandelt habe.

Wer sich im beruflichen Schulwesen ein bißchen auskennt, spitzt da natürlich die Ohren. „Aha, die Berufsschule“, so hört er den Normalverbraucher sagen, der i.d.R. nichts Genaues weiß von der ganzen Bandbreite beruflicher Schulen. „Die Berufsschule – na ja, dort mag’s ja zugehen!“

Merkwürdig ambivalent ist es in der Öffentlichkeit, das Image der Berufsschule und Verallgemeinerungen wie im Bericht aus Hildesheim strapazieren den Ruf einer Schulart, deren Bildungsarbeit – aus welchen Gründen immer – vielfach stark unterschätzt wird.

Freilich fällt es nicht leicht, bei der Vielfalt des beruflichen Schulwesens durchzublicken, vor allem, wenn man alle 16 Bundesländer im Visier hat. Auch für Journalisten sind berufliche Schulen seit eh und je eine schwere

Kost, sozusagen ein „Buch mit sieben Siegeln“.

Dazu kommt, dass die Lehrkräfte beruflicher Schulen durch ständige Innovationen besonders stark gefordert sind und sie kaum Zeit und Muße finden, durch schrille Töne auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. „Sie verkaufen sich in der Öffentlichkeit zu bescheiden“, wird ihnen alltenhalben vorgeworfen und da mag schon was dran sein. Deshalb sollten der VLB und andere Fachverbände der Berufsbildung, das Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ vielleicht einmal neu durchdenken und eine entsprechende Informationsoffensive ins Auge fassen.

Der Hildesheimer Vorfall löst indes noch weitere Reflexionen aus, solche z. B. über die Sinnfälligkeit des BVJ. Mit ihm hat man den beruflichen Schulen eine Aufgabe übertragen, die sie unter den bestehenden Rahmenbedingungen kaum vernünftig erfüllen können. Der Einsatz in den BVJ-Klassen ist in erster Linie Sozialarbeit, worauf die Lehrkräfte nicht vorbereitet sind. Die Schüler benötigen ein hohes Maß an Zuwendung und Annahme. „Wir geben ihnen sozusagen Steine statt Brot“, charakterisiert ein Kollege die Lage, hilflos angesichts seiner Möglichkeiten.

Der soziale Auftrag kann nicht bestritten werden. Doch die politischen Entscheidungsträger machen sich’s zu leicht: Sie weisen die „Problemkinder der Gesellschaft“ einer Schulart zu, an die heutzutage höchste Ausbildungsanforderungen gestellt werden und überlassen die Lehrkräfte dann sich selbst. Gottlob gibt es diesbezüglich auch löbliche Ausnahmen: Dort nämlich wo man die BVJ-Schüler u.a. fachgerecht durch Sozialarbeiter betreut und wo die Klassenstärken stimmen, sind die Probleme spürbar geringer.

Die Berichterstattung zum Hildesheimer Drama ließ auch den Lehrer nicht außen vor. Ein „armer Hund“, offenbar, einer, dem wohl alles über den Kopf gewachsen ist. So stellt sich’s bei der Zeitungslektüre wenigstens

dar. Er habe die gesamte Klasse u.a. zum Metallschneiden ins Materiallager geschickt, sei allein im Werkraum zurückgeblieben und bemerkte von all den Vorkommnissen nichts, berichtete die Hildesheimer Zeitung. Dienstrechtlich ist die Sache eindeutig. Verletzte Aufsichtspflicht. Deshalb wird die Lehrkraft wohl auch nicht ungeschoren davonkommen. Aber machen wir es uns nicht zu leicht, brechen wir nicht voreilig den Stab. Vielleicht sind ständiger Frust durch den Umgang mit den Rabauken und ein hohes Maß an Ausgebranntheit die Ursachen für die beschriebene Lethargie. Damit wäre zwar nichts entschuldigt, manches aber erklärt. Gab es Hilfe vom Kollegium oder der Schulleitung? Dazu schweigt die Berichterstattung. Fest steht: Die allermeisten Lehrerinnen und Lehrer treten ihren Dienst mit vielen guten Vorsätzen an und wenn es schließlich soweit kommt, wie beschrieben, dann ist dies auch ein Alarmzeichen für das Drumherum. Kaum vorstellbar, dass über Monate hinweg keiner der Kolleginnen und Kollegen etwas bemerkt haben soll, wie die Zeitungen berichten. Rätselhaft für alle jedenfalls, die sich um Schulentwicklung bemühen und um ein konstruktives Arbeitsklima.

Ratlosigkeit also und große Fragezeichen, nicht nur im Hinblick auf die betroffene Schule: Wie gehen wir mit unseren Sorgenkindern um? Solange uns bei der Gestaltung der BVJ’s nichts Besseres einfällt als die Parole „Hauptsache weg von der Straße“, und solange die Schulen so wenig Möglichkeiten haben kurzentschlossen disziplinarisch zu handeln, solange wird es Probleme geben. Die Vorkommnisse in Hildesheim sind möglicherweise nur die Spitze des Eisbergs. Wer eine adäquate Betreuung unserer jugendlichen Sorgenkinder heute für zu teuer hält, sollte bedenken, dass die Rechnung später um ein Vielfaches höher ausfallen wird. Bildungspolitik hat sich eben nicht nur mit Eliteförderung und Quotenerhöhung zu beschäftigen. Wäre dies beispielsweise nicht ein lohnenswertes Thema für die Medien, auch dann, wenn niemand verprügelt oder mißhandelt wurde? <

Bei Gewalttaten härter durchgreifen

Nach den Gewalttaten an Schulen in Deutschland werden schärfere Sanktionen gegen aggressive Schüler und eine bessere Ausbildung der Lehrkräfte gefordert. Der Deutsche Lehrerverband sprach sich für ein schnelleres Vorgehen der Schulen gegen gefährliche Jugendliche aus. Dafür müssten die Schulleitungen mehr Kompetenzen bekommen, sagte Verbandspräsident Josef Kraus. Niedersachsens Kultusminister Bernd Busemann überlegt, den Handlungsspielraum der Lehrer entsprechend zu erweitern. Unterdessen wurden neue Gewalttaten an Schulen bekannt. Der niedersächsische Landeselternrat sieht darin nur die „Spitze des Eisbergs“.

So soll an einer Berufsschule in Hannover ein Jugendlicher über Monate hinweg immer wieder von vier 17-Jährigen misshandelt und auch mit einem Gummihammer geschlagen worden sein. In Aerzen soll an einer Haupt- und Realschule ein 15-Jähriger zwei Jahre lang von fünf Mitschülern geschlagen, getreten und gedemütigt worden sein. In Hildesheim wird gegen elf Jugendliche ermittelt, die einen 17-Jährigen monatelang auch während des Unterrichts gequält hatten. Auch in Bayern und Rheinland-Pfalz waren Fälle von Misshandlungen bekannt geworden.

Der Leiter der Berufsschule in Hannover, Christian Postel, kritisierte, die pädagogische Ausbildung der Fachpraxis-Lehrer reiche nicht aus. An Berufsschulen unterrichteten auch Handwerksmeister ohne grundlegende pädagogische Kenntnisse. Er beklagte zudem eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft. „Die Schule macht ja nicht die Probleme, sondern die Schüler bringen die Probleme mit in die Schule.“ Kleinere Gewalttaten würden kaum noch registriert. „Dadurch sinkt die Hemmschwelle – auch bei den Lehrern“. „Wir intervenieren nur noch, wenn Verletzungen nach außen sichtbar werden.“ An seiner Schule und an der in Hildesheim wird auch das Verhalten der Lehrer überprüft. Dagegen bezeichnete der Lehrerver-

band Forderungen nach einer besseren Lehrer-Ausbildung als „Quatsch“. Kraus kritisierte das umständliche Verfahren beim Vorgehen gegen aggressive Schüler. Ein Schulleiter müsse ohne langwierige Prozeduren entscheiden können.

Gerade weil das Thema Gewalt an Schulen nicht neu ist, sind Experten nach den Misshandlungen in Hannover und Hildesheim ratlos. So arbeiten dort u. a. fest angestellte Sozialpädagogen. Dennoch ist offenbar der Draht zwischen Schülern und Lehrern oft schlecht. Deshalb forderte der Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer, Vertrauenslehrer und Sozialpädagogen mit einer Schweigepflicht zu belegen. „Die Schüler vertrauen sich sonst kaum einem Erwachsenen an.“ Das hätten die jetzt bekannt gewordenen Fälle eindeutig gezeigt. Hier hatten Mitwisser und Opfer monatelang geschwiegen.

Schulleiter Postel zeigte sich ratlos. Die Schüler sagen mir: „Was hier pas-

siert ist, das ist doch üblich.“ Ein Schüler habe auch erzählt, wenn er zu Hause sagen würde, er sei zusammengeschlagen worden, bekomme er Prügel von seinem Vater, weil der Sohn ja Schwäche gezeigt habe.

Nach Einschätzung des Bundeskriminalamts (BKA) wird nur ein kleiner Teil der jungen Menschen, die strafrechtlich in Erscheinung treten, massiv auffällig. Diese kleine Gruppe wachse unter belastenden sozialen Rahmenbedingungen auf, heißt es im ersten Periodischen Sicherheitsbericht des BKA von 2001 zu den Gründen. Die beste Prävention wäre, den jungen Menschen zu helfen und ihnen eine Zukunftsperspektive zu geben. Die traditionellen Mitteln des Strafrechts seien dafür ungeeignet.

Das BKA weist zugleich auf einen anderen Aspekt hin: Unter Einbeziehung der von Erwachsenen verübten Gewalt sind junge Menschen häufiger Opfer als Täter. So wurden 2000 immer noch neun Prozent der Jugendlichen als Kinder von ihren Eltern körperlich massiv körperlich gezüchtigt. *-dpa-*

Hochschulen/Ausbildung:

„Duales Studium“ mit Lehre

Mit einer Kombination aus Studium und Lehre will die Fachhochschule Lübeck jungen Menschen eine praxisnähere Ausbildung ermöglichen. Nach nur fünf Jahren sollen die Absolventen sowohl ein Diplom als Maschinenbau-Ingenieur als auch einen Gesellenbrief für einen Metall-Handwerksberuf in der Hand halten. Beide Einzelausbildungen zusammen dauern bislang sieben Jahre.

Bei der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages sagte der Rektor der Fachhochschule Lübeck, Hans Wilhelm Orth, „Mit dem dualen Studium bieten wir eine optimale, praxisintegrierte Vorbereitung und Ausbildung in einem verkürzten Ablauf an und kommen damit den Forderungen

aus der Wirtschaft und Politik entgegen.“ Das Projekt befähige junge Diplom-Ingenieure noch besser, Führungsverantwortung in Handwerksbetrieben zu übernehmen.

Der Studiengang sieht zu Beginn eine 14-monatige betriebliche Lehre inklusive Berufsschule vor. Dann beginnt das Maschinenbaustudium an der Fachhochschule Lübeck. Während der vorlesungsfreien Zeit in den ersten vier Semestern absolvieren die Studenten weiter Praktika in den Betrieben. Am Ende des berufspraktischen fünften Semesters steht die Gesellenprüfung. Im achten Semester wird das Studium abgeschlossen. *-dpa-*

dpa-Meldung, 2. März 2004:

BBB und DGB ziehen am gleichen Strang

Der gemeinsame Protest des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gegen die Sparpolitik stößt bei der Staatsregierung auf wenig Verständnis. Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) sagte, den Gewerkschaften sei wohl die mehr als dramatische Situation der öffentlichen Haushalte nicht bewusst. „Ton und Inhalt der Vorwürfe erstaunen mich“, betonte der Minister.

Zuvor hatten der DGB-Landesvorsitzende Fritz Schösser und Beamtenbunds-Chef Rolf Habermann Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) als „Spardiktator“ bezeichnet. Schösser warf Stoiber „Willkür“ vor. Der Ministerpräsident habe weder den Landtag noch die Arbeitnehmervertreter in seine Entscheidungen miteinbezogen. Deswegen arbeiteten BBB und DGB nun erstmals in der Nachkriegszeit zusammen, betonten beide Verbandschefs.

Habermann wandte sich vor allem gegen die Kürzungen, die Stellenstreichungen und die geplante Verlängerung der Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst. „Wir fühlen uns getäuscht, verschaukelt und geprellt“, sagte der BBB-Landeschef. Die angekündigte Arbeitszeitverlängerung für die Beamten von 40 auf 42 Stunden entspreche einer Besoldungskürzung um neun Prozent. Habermann betonte, die von der Regierung geforderte Loyalität der Beschäftigten dürfe nicht „zur Einbahnstraße“ verkommen. Auf die Beamten, Angestellten und Arbeiter kämen „immer mehr Aufgaben, immer mehr Bürokratie und immer mehr Modernisierungsschnick-Schnack“ zu. Zugleich gebe es aber „immer weniger Personal, immer schlechtere Arbeits- und Berufsbedingungen, immer weniger Geld und immer weniger Perspektiven“.

Finanzminister Faltlhauser sagte dazu, angesichts eines Personalkos-

tenanteils von 43 Prozent müssten auch die Beschäftigten „einen Sparbeitrag erbringen“. Er hoffe, dass es trotz der scharfen Äußerungen der Arbeitnehmerverbände einen „konstruktiven Dialog“ geben werde. Auch CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann verteidigte die geplanten Stellenstreichungen. Er will vor allem im Bereich des höheren Dienstes deutliche Einsparungen durchsetzen. Die Verwaltung müsse sich darauf einstellen, dass „ein großer Teil“ der Stellen, die durch die natürliche Fluktuation frei werden, nicht mehr besetzt werden.

DGB-Chef Schösser kritisierte neben den Stellenstreichungen vor allem die geplante Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst. Bei einer Umsetzung seien 10 000 Arbeitsplätze gefährdet. Zugleich warnte er die Staatsregierung davor, die angedrohte Kündigung der Tarifverträge umzusetzen. Der DGB werde jede Möglichkeit zum Widerstand nutzen.

Habermann betonte, angesichts der prekären Situation müssten die „ungleichen Brüder“ DGB und BBB gemeinsam an einem Strang ziehen. Schösser sagte, über unterschiedliche Positionen der Verbände in „Nuancen“ werde hinweggesehen. Mit Protestkundgebungen und anderen Aktionen wollen DGB und BBB ihren gemeinsamen Widerstand gegen die Politik der Staatsregierung demonstrieren. Habermann sagte: «Unsere Kampfbereitschaft ist schon sehr groß.» *ddp-bay*

telegramm +++ telegramm +++ telegramm

Das Maß ist voll, uns reich's !



- Arbeitszeiterhöhung
- Arbeitszeitkonto ab 2005/06
- Erhöhung der UPZ
- Kürzung der Anrechnungsstunden
- Streichung des Urlaubsgeldes
- Kürzung des Weihnachtsgeldes für alle Besoldungsgruppen und Versorgungsempfänger

Noch klingen uns die Worte des Ministerpräsidenten Edmund Stoiber im Ohr: „Es wird auch keine Verlängerung der Arbeitszeit geben, wie z. B. in Baden-Württemberg.“*

„Bayern wird am Ende mit den besten Regelungen für die Beamten dastehen.“* Sind diese Zusagen schon vergessen?

Die Sparwut muss ein Ende haben.

Sprechen Sie mit den örtlichen Abgeordneten des Bayer. Landtages. Tragen Sie ihnen unsere Situation und Belastungen an den beruflichen Schulen vor.

Nur gemeinsam können wir vielleicht noch Schlimmeres verhindern.

* aus SZ-Interview am 12./13. April 2003

Wandzeitung des VLB

Interview mit BBB-Chef Habermann:

Beamtenbund erhöht Schlagzahl

Der bayerische Beamtenbund warnt vor einer Gefährdung des sozialen Friedens durch den Sparkurs der Staatsregierung. Eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden und der Abbau von insgesamt nahezu 13 000 Stellen im öffentlichen Dienst seien für die Beschäftigten „absolut inakzeptabel“, kritisierte Beamtenbund-Landeschef Rolf Habermann in einem ddp-Interview in Kronach. Er fügte hinzu: „In den Amtsstuben herrscht die blanke Wut.“

Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) versuche, die desolote Lage des Staatshaushalts auf die Beamten und Angestellten in den Behörden abzuwälzen. „Dabei sind wir nicht daran schuld. Wir versuchen im Gegenteil, täglich zu retten, was zu retten ist“, betonte Habermann. Statt dauernd eine Reduzierung der Ausgaben anzustreben, müsse es mehr Einnahmen geben.

Habermann fügte hinzu: „Jeder Steuerprüfer bringt das Zehnfache dessen ein, was er kostet. Da geht es um Milliardenbeträge.“ Zudem sei es nicht zu verstehen, dass Sportveranstaltungen, deren Einnahmen die Ver-

anstalter kassieren, immer noch von Polizisten geschützt werden.

In den nächsten Wochen will der Beamtenbund seine Proteste ausweiten. Dabei wird es erstmals auch eine Zusammenarbeit mit dem konkurrierenden Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) geben. „Ungewöhnliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen“, sagte Habermann. Es gehe darum, ein Zeichen zu setzen, „dass sich die Beschäftigten nicht auseinanderdividieren lassen“.

Seit Jahresbeginn habe sein Verband bereits 15 Protestaktionen in ganz Bayern organisiert. Dies werde fortgesetzt. Auch den Mai-Empfang des Ministerpräsidenten am 28. April wollen Beamtenbund und DGB gemeinsam mit einer Demonstration begleiten.

Der bayerische Beamtenbund vertritt nach eigenen Angaben die Interessen von rund 200 000 Mitgliedern. Insgesamt sind in der öffentlichen Verwaltung im Freistaat rund 200 000 Beamte und 100 000 Tarifbeschäftigte tätig. Hinzu kommen außerdem rund 100 000 Versorgungsempfänger. *ddp-bay*

2. *Wieweit ist die Schulleitung bei der Erstellung des schulischen Fortbildungsbedarfs an Punkt 11/4. und 5. der KMBek 1612002 gebunden?*

Die KMBek ist für die Schulleitung verbindlich.

3. *Kann ein Schulleiter – abgesehen von Sachzwängen (z. B. Termin eines Referenten) – den Termin einer SchiLf willkürlich festsetzen, beispielsweise an einem Samstag?*

Der Schulleiter sollte den Termin einer SchiLf nach Möglichkeit im Einvernehmen mit dem Kollegium bestimmen. Dabei sollte er diesen nach Möglichkeit frühzeitig bekannt geben und die persönliche Situation der Lehrkräfte berücksichtigen. Sollte durch die SchiLf beispielsweise die Unterrichtsversorgung gestört sein, kann der Schulleiter den Termin für die Fortbildung auch außerhalb der Unterrichtszeit, z. B. am Samstag festsetzen.

4. *Ist ein Pädagogischer Tag, der z. B. das Thema „Unterrichtsgestaltung, neue Unterrichtsformen“ hat, als Fortbildungstag im Sinne der KMBek anzuerkennen?*

Der Unterrichtsbezug ist grundsätzlich gegeben. Damit könnte der Pädagogische Tag als Fortbildung im Sinne der KMBek anerkannt werden. Die Entscheidung wird im Einzelfall von der Schulleitung getroffen.

5. *Ist der Besuch einer Behinderteneinrichtung mit Einführungsreferat und Diskussion als Fortbildung im Sinne der KMBek anzuerkennen?*

Der Besuch einer Behinderteneinrichtung gilt u. E. nicht von vornherein als Fortbildung. Sofern jedoch der Bezug zur Schule, zum Unterricht bzw. zum Lehrplan gegeben ist, könnte dieser Besuch auch als Fortbildung anerkannt werden. Diese Entscheidung wird von der Schulleitung getroffen. Sie überprüft den Bezug zur Fortbildungsplanung der Schule und berücksichtigt ggf. auch die Anerkennung der Veranstaltung durch die Schulaufsicht als Lehrerfortbildung. <

(Die Antworten erteilte MR Adolf Tengg)

Der Hauptpersonalrat fragt – das KM antwortet:

Zu Fortbildung und Unterrichtspflichtzeit

1. *Kann ein Schulleiter mehr oder weniger unbegrenzt das Kollegium zu SchiLf verpflichten?*

Die Verpflichtung zur Fortbildung ist in Art. 20 Abs. 2 BayLBG geregelt. Gemäß Bekanntmachung vom 9. August 2002 Nr. III/7-P4100-6/51011 zur Lehrerfortbildung in Bayern werden die Schwerpunkte der Fortbildung einer Lehrkraft im Rahmen des Mitarbeitergesprächs gemeinsam mit der Schulleitung reflektiert. Auf der Grundlage des Fortbildungsbedarfs der Lehrkräfte bestimmt jede Schule den eigenen Fort-

bildungsbedarf und schreibt diesen laufend fort. Für die schulinterne Lehrerfortbildung erstellt sie einen Fortbildungsplan. Als Kriterien für Fortbildungen kommen der Schul-, Unterrichts-, Lehrplan- und Kostenbezug, der Beitrag zur Professionalisierung sowie der Einklang mit der Rechtsordnung in Betracht. Die Schulleitung kann dementsprechend grundsätzlich das Kollegium zu SchiLf verpflichten, sie soll im Rahmen ihrer Führungsverantwortung aber auch die persönliche Situation der Lehrkräfte berücksichtigen.

Der Hauptpersonalrat informiert:

Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung

Teilzeit

Familienpolitische Teilzeit
(Art. 80 b Abs. 1 Nr. 1 BayBG)

Voraussetzung: Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen Angehörigen (muss nicht im gleichen Haushalt leben); bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit.

Höchstdauer: unbegrenzt, solange die Voraussetzungen vorliegen.

Antragsteilzeit (Art. 80 a BayBG)

Voraussetzung: Keine (voraussetzungslos); dienstliche Gründe dürfen nicht entgegenstehen; mit einer Einschränkung ist künftig zu rechnen.

Umfang: Bis zur Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit

Höchstdauer: Derzeit noch unbegrenzt.

Unterhältige Teilzeit aus familienpolitischen Gründen
(Art. 80 b Abs. 2 BayBG)

Voraussetzung: Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder eines nach ärztl. Gutachten pflegebedürftigen Angehörigen (muss nicht im gleichen Haushalt leben); dienstliche Belange dürfen nicht entgegenstehen.

Umfang: Bis zu einem Viertel der Unterrichtspflichtzeit (wiss. 6 - 8 WStd. bzw. 7-11 WStd. nichtwiss.)

Höchstdauer: Entfällt künftig

Höchstgrenze: Urlaub nach Art. 80 b und 80 c dürfen zusammen 15 Jahre nicht überschreiten.
(Unterhältige Teilzeit geht nach der Änderung des BayBG künftig nicht mehr zu Lasten der Beurlaubungsdauer aus familienpolitischen Gründen.)

Beurlaubung

Familienpolitische Beurlaubung
(Art. 80 b Abs. 1 Nr. 2 BayBG)

Voraussetzung: Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen Angehörigen (muss nicht im gleichen Haushalt leben).

Beihilfe nach Art 80b (4) möglich, Ausnahme z. B. bei Anspruch auf Familienhilfe nach § 10 SGB V. Bitte bei Beihilfestelle und Krankenversicherung schriftlich erkundigen.

Höchstdauer: 12 Jahre.

Arbeitsmarktpolitische Beurlaubung
(Art. 80 c Abs. 1 Nr. 1 BayBG)

Voraussetzung: Bewerberüberhang. Ist erst nach Ablauf der Probezeit möglich

Höchstdauer: 6 Jahre (kein eigener Beihilfeanspruch.)

Altersurlaub
(Art. 80 c Abs. 1 Nr. 2 BayBG)

Voraussetzung: Bewerberüberhang. Vollendung des 55. Lebensjahres (vom 01.08.1999 bis 31.12.2004 auch ab 50. Lebensjahr – Gesamtbeurlaubungshöchstdauer dann 15 Jahre). Antrag muss sich bis zum Beginn des Ruhestands erstrecken. Kein eigener Beihilfeanspruch.

Höchstdauer: Zusammen mit anderem Urlaub 12 Jahre. Ausnahme: Höchstdauer findet keine Anwendung, wenn dem Beamten nicht mehr zuzumuten ist, zur Voll- oder Teilzeitbeschäftigung zurückzukehren.

Höchstgrenze: Eine Kombination des Urlaubs aus familien- oder arbeitsmarktpolitischen Gründen bzw. Altersurlaub ist möglich, jedoch beträgt auch hier die Höchstgrenze 15 Jahre.
(Ausnahme: siehe Altersurlaub).

Formular-Chaos bei Riester-Rente: So vermeiden Sie Probleme

WOLFGANG LAMBL

„Gehört nur ein Ehegatte zum unmittelbar berechtigten Personenkreis und ist der andere Ehegatte mittelbar zulageberechtigt, sind im Rahmen des Sonderausgabenabzugs die von beiden Ehegatten geleisteten Altersvorsorgebeiträge und die dafür zustehenden Altersvorsorgezulagen beim unmittelbar berechtigten Ehegatten zu berücksichtigen.“

Verstanden? Wenn nicht, geht es Ihnen wie zahlreichen anderen Riester-Sparern: Anleger haben Probleme, den Antrag auf Altersvorsorgezulage richtig auszufüllen.

Fehler vermeiden – Zulagen sichern – Versicherer bieten jetzt Hilfe an

Mit ein wenig Vorbereitungszeit und Unterstützung lässt sich viel bürokratischer Aufwand ausschließen. Die hohe Fehlerquote beim Ausfüllen hat vielfältige Gründe: Mal wird ein Kreuzchen vergessen, mal wird das Gehalt nicht vollständig mitgeteilt. Sämtliche Fehler beim Ausfüllen des Antrages führen dazu, dass der Antrag ungültig ist und vorerst keine Förderung gezahlt wird. Versicherungsnehmer, die jedoch die fünf folgenden Tipps beachten, dürfen mit einer schnellen Bearbeitung ihres Zulagenantrages rechnen.

1. Beitragspflichtige Einnahmen: Das Bruttoeinkommen und die Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosen- oder Schlochtwettergeld müssen auf dem Formular voneinander getrennt eingetragen werden. Die Angaben findet man auf seiner Gehaltsabrechnung.
2. Geburtsname: Das Feld des Geburtsnamens muss auf jeden Fall ausgefüllt werden, unabhängig davon, ob sich der Name im Laufe des Lebens geändert hat oder nicht.

3. Kinder: Achtung bei der Zuordnung der Kinder auf den Kinderbögen. Die Ehefrau muss beim Antrag des Ehemannes unterschreiben und nicht umgekehrt.
4. Sozialversicherungsnummer: Diese findet man auf der Jahresmitteilung vom Sozialversicherungsträger beziehungsweise auf dem Sozialversicherungsausweis.
5. Zulagennummer: Vorsicht! Nur dann ausfüllen, wenn noch nie eine Sozialversicherungsnummer vergeben wurde. Besondere Obacht geben sollten hier Beamte, die nur über eine Zulagennummer verfügen. Diese muss vorher bei der Besoldungsstelle beantragt werden. Nur dann kann das persönliche Einkommen an die zentrale Zulagesteile für Altersvermögen (ZfA) gemeldet werden.

Beamte und andere Besoldungsempfänger gehören zu dem Kreis der Berechtigten für die Zulage oder Steuerermäßigung gemäß dem Altersvorsorgegesetz.

Die Verbraucherzentralen machen darauf aufmerksam, dass Beamte, Richter und Soldaten bis zum 31. Dezember eine Zulagennummer beantragen müssen, wenn sie noch dieses Jahr am Zulagenverfahren teilnehmen wollen. Es sei denn, sie haben bereits eine Sozialversicherungsnummer aus einer früheren Tätigkeit als Arbeitnehmer.

Wichtig ist, dass der Antrag an die Stelle gerichtet wird, die jeweils die Besoldung anordnet, und nicht an die zentrale Besoldungsstelle. Wer bereits eine Zulagennummer beantragt hat, sollte sich vergewissern, ob diese schon vorliegt.

Hinweise und umfangreiche Beratung zur „Riester-Rente“ und privaten Altersvorsorge gibt es in den Beratungsstellen der Verbraucherzentralen. <

Hessen lässt Belastung der Lehrer untersuchen

Hessen lässt in Kooperation mit Baden-Württemberg die Arbeitsbelastung der Lehrer im Land untersuchen. Geprüft werde, ob Lehrer je nach Schulform und Fächerkombination unterschiedlich lang zum Beispiel mit Korrekturen von Arbeiten beschäftigt sind, sagte Kultusministerin Karin Wolff (CDU). Mit Hilfe der Ergebnisse sollen die Pflichtstundenzahlen nach Fächern differenziert neu festgelegt werden. Ziel sei mehr Arbeitsbelastung bei der Arbeitsbelas-

tung. Bisher gelten für alle Lehrer einer Schulform unabhängig von ihren Fächern dieselben Arbeitszeiten, die zwischen 24 (Berufsschule) und 28 (Grundschule) Wochenstunden schwanken. Die Ergebnisse sollen Ende April 2004 vorliegen. Die Arbeitsgruppe werde ihre Ergebnisse regelmäßig mit einer Arbeitsgruppe abgleichen, die die Kultusministerin Anette Schavan (CDU) zur Neubewertung der Lehrerarbeitszeit in Stuttgart angekündigt hatte. -dpa-

Experten sind sich einig:

Ein gravierender Strukturwandel in der Lehrerbildung steht bevor

HEIKO POHLAMNN

Im Zuge der Bemühungen um eine Vereinheitlichung der europäischen Hochschullandschaft werden BA/MA-Studiengänge auch für die Gestaltung des künftigen Studiums der Lehrkräfte an beruflichen Schulen vorgeschlagen. Dass dieser Weg an Bayern nicht vorüber geht, darüber waren sich alle Professoren einig, die der VLB zu einer Expertentagung nach Nürnberg eingeladen hatte.

Zukünftige Lehrerbildung an den Hochschulen

Die Hochschulminister in Europa haben beschlossen, alle Studiengänge vergleichbar zu machen und als Abschlüsse nur noch den Bachelor und Master anzuerkennen (siehe auch: VLB akzente, 12/03). Vor diesem Hintergrund stellten die Professoren der bayerischen Hochschulen, die sich mit der Ausbildung von Lehrern an beruflichen Schulen befassen, ihre Überlegungen und Modelle vor. Nicht vertreten war der Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik der Ludwig-Maximilians-Universität in München, da sich zwar potentielle Bewerber gemeldet haben, der Ruf für die beiden C3- und C4-Stellen aber noch nicht ergangen ist. Hier soll danach im SS 2004 der Betrieb wieder aufgenommen werden. Alle Professoren waren sich darin einig, dass die Implementierung der neuen zweistufigen Studiengänge bis 2005 abgeschlossen ist, so dass ab diesem Zeitpunkt ein Studium nur noch nach diesem neuen Modell begonnen werden kann. Die Beschlusslage der Europäischen Minister ist hierbei eindeutig und ausschlaggebend.

Interessant ist, dass sich die beiden Dachverbände auf Bundesebene, der VLW (Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen) und der BLBS (Ver-

band der Lehrer an berufsbildenden Schulen) in ihren angestrebten Modellen einig sind. Voraussetzung ist, dass die Qualität der Ausbildung erhalten bleibt, die Inhalte aber weiter entwickelt werden. Nachdrücklich abgelehnt wird – und das haben auch die bayerischen Professoren erklärt – eine partielle Verlagerung des Studiums an Fachhochschulen oder Pädagogische Hochschulen, wie es einige Bundesländer beabsichtigen.

Daraus ergeben sich die zwei wichtigsten Forderungen:

1. An dem grundständigen Studiengang gemäß der KMK-Rahmenvereinbarung von 1995 mit dem Studium von Fächern der beruflichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Fachrichtungen, einem zweiten Fach und Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Berufs- oder Wirtschaftspädagogik muss festgehalten werden.
2. Der universitäre Master-Abschluss muss als Eingangsvoraussetzung für das Lehramt an beruflichen Schulen festgeschrieben werden, da das Studium nur so den Qualitätsanforderungen gerecht wird, die an Lehrkräfte an beruflichen Schulen gestellt werden müssen.

Um die Studiengänge auch weiterhin attraktiv zu gestalten, sollen sie polyvalent angelegt werden, so dass eine Profilierung für schulische und betriebliche Aufgabenfelder möglich ist. Dies ist besonders in den technischen Fächern nötig, da kaum noch Studenten für das Studium der Ingenieurwissenschaften zu gewinnen sind. Anders ist die Lage gegenwärtig bei den Wirtschaftswissenschaften, da hier genügend Studenten diesen Studiengang wählen. Dabei ist es dringend erforderlich, dass sich aufbauend auf dem

ersten akademischen Abschluss des Bachelors ein MA-Studium anschließt. Der Bachelor kann dann nach einem sechssemestrigen wissenschafts- und anwendungsorientierten Studium verliehen werden, der Master nach einem anschließenden viersemestrigen wissenschafts- oder berufsorientierten Studium.

In der Diskussion wurden auch Modelle vorgestellt, die sich in der Durchführung und Organisation unterscheiden. Einig war man sich aber, das oben dargestellte zu favorisieren, mit dem Ziel, nicht auf Entscheidungen der Politik reagieren zu müssen. Damit sind die Verbände aufgefordert, zu agieren, ihr Modell in die Öffentlichkeit und die zuständigen Stellen zu tragen. Dies geschieht auf Bundes- und Landesebene. Ideal ist es natürlich, wenn sich – wie bei dieser Expertentagung – die bayerischen Professoren einig sind. Die Meinungsbildung im VLB sollte nun einsetzen, damit auch die Einigkeit zwischen den Professoren und dem VLB hergestellt werden kann, was auf Bundesebene schon teilweise erfolgt ist.

Nicht diskutiert wurden die 10 Thesen, die die KMK zur Bachelor- und Masterstruktur am 12. Juni 2003 beschlossen hat. Hierbei geht es um inhaltliche und organisatorische Grundsätze, die an den Hochschulen gegenwärtig großes Kopfzerbrechen verursachen.

So dürfen Diplomstudiengänge nicht einfach in Masterstudiengänge übergeführt werden, vielmehr ist darauf zu achten, dass mehr Praxis als Theorie vermittelt werden soll, ebenso mehr Transfer als Fachwissen. Dazu müssen die Hochschulen grundlegend umdenken und „Studiengänge neu entwickeln, mit einem allgemeinen Teil bis hin zum Bachelor, der unter anderem die Schlüsselkompetenzen wie Lern-, Methoden- und Sozialkompetenz umfasst, und einem stärker wissenschaftlichen oder stärker berufsorientierten Teil bis zum Master“, so die Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn in einem Interview. Die Ministerin weiter: „Dadurch soll die Profilbildung gefordert werden. Zugleich werden bestimmte Standards,

die überall gelten, sichergestellt.“ Ferner müssen die Studiengänge modularisiert werden, damit die internationale Anschlussfähigkeit und damit die Mobilität der Studenten und die internationale Attraktivität der deutschen Hochschulen gewährleistet ist.

Ferner wurde das Problem der Akkreditierung nicht diskutiert. „Bachelor- und Masterstudiengänge sind zu akkreditieren. Die Einhaltung der von der Kultusministerkonferenz gemäss § 9 Abs. 2 HRG beschlossenen ländergemeinsamen Vorgaben für Bachelor- und Masterstudiengänge ist in der Akkreditierung zu überprüfen.“ So lautet die These Nr. 9 des Beschlusses der KMK.

Völlig unklar ist in dem Zusammenhang noch die Abschlussbezeichnung. „Master of ...“ dürfte klar sein, wie soll sich aber jemand nennen, der das Erstfach Metalltechnik und das Zweitfach Englisch studiert hat? Damit zeigte sich, dass noch viele Fragen offen sind, der Grundtenor, einen Masterabschluss mit einem grundständigen Studium zu fordern, aber Konsens war.

Veränderungen im Referendariat

Gegenwärtig werden in Deutschland in 12 Bundesländern 28 Modellversuche der Bund-Länder-Kommission unter dem Programm „Innovative Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen“ durchgeführt. In Bayern läuft der Modellversuch AQUA (Adressatenbezogene Qualifizierung: Qualitätssicherung und Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs an beruflichen Schulen) zum Ende dieses Schuljahres aus, da dann ein Prüfungsjahrgang den zweijährigen Vorbereitungsdienst abgeschlossen hat.

Das Kultusministerium hat nun beschlossen, den Modellversuch in einer modifizierten Neuauflage im Bereich des Studienseminars Nordbayern für den kommenden Prüfungsjahrgang neu aufzulegen. Damit können sich Schulen in den Regierungsbezirken Ober-, Mittel- und Unterfranken um die Teilnahme bewerben. Die Anschreiben dazu haben die Schulen schon erhalten.

Für das kommende Schuljahr schreibt das Kultusministerium in der nächsten Zeit wieder Stellen für Quereinsteiger in den Fachbereichen Elektro- und Metalltechnik aus. Diese sollten sowohl grundständig ausgebildet werden, als auch im Modellversuch AQUA II. Alle durchlaufen den Vorbereitungsdienst wie Referendare, die das Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen grundständig abgeschlossen haben.

Welche Auswirkungen die Ergebnisse des Modellversuches in Bayern oder die anderen bundesweit durchgeführten auf die Lehrerbildung in der 2. Phase haben werden, lässt sich erst nach Vorlage der Abschlussberichte sagen. Jetzt schon Prognosen zu treffen wäre voreilig.

Wir werden über die weitere Entwicklung in der Lehrerbildung, auch über Einzelheiten der neuen Studiengänge, in unregelmäßigen Abständen berichten, unsere Leser aber immer auf dem Laufenden halten.

Teilnehmer an der Expertentagung

VLB : Dorothea Helbig, Dr. Siegfried Hummelsberger, Hans Käfler, Wolf-

gang Lambl, Alexander Liebel, Heiko Pohlmann, Hermann Sauerwein, Armin Ulbrich.

Experten: Prof. Aff, Universität Erlangen-Nürnberg; Prof. Lipsmeier, zuständig für die Lehrerbildung im BLBS; Prof. Schelten, TU München; Prof. Sembill, Universität Bamberg; Prof. Stender, Universität Erlangen Nürnberg. <

Literatur:

- 10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.06.2003;
- Der Bachelor, das unbekannte Wesen, Süddeutsche Zeitung vom 1. 12. 2003;
- DB mobil, Heft 12/03;
- Diskussionspapier für die Erstellung eines Eckpunktekataloges zur Ausbildung von Lehrern/Lehrerinnen des beruflichen Schulwesens gewerblich-technischer Fachrichtungen, Prof. Dr. A. Lipsmeier, 18. 11. 2003;
- Pressepapier des VLW und der Hochschullehrer der Wirtschaftspädagogik zur VLW- Hochschullehrertagung 2003, o. J.

Neue Lehrpläne, neue Lernfelder, neue Berufe:

Neue Lehrer braucht das Land!?

GEORG KRAX

Einige Ideen und Anregungen dazu möchte ich als langjähriger Mentor für die Ausbildung von Fachlehrern und als Stellvertretender Schulleiter zur Sprache bringen.

Der Druck auf die Schulen, ausgelöst durch die Ergebnisse internationaler Studien (PISA, u. a.), wächst. Schulentwicklung und Qualitätsmanagement sind angesagt. Beides aber sind zarte Pflänzchen, die sorgsam gepflegt werden müssen, damit der gewünschte Erfolg eintreten kann. Den Erfolg bei den Schülern garantieren unsere Lehrer, egal ob Fachlehrer oder Theorie-

lehrer, sie müssen einen zeitgemäßen, modernen, effektiven und effizienten Unterricht durchführen.

Arbeit im Team

Allein mit der Einführung lernfeldstrukturierter Lehrpläne durch das Ministerium ist es nicht getan. Erst die konkrete Umsetzung bringt möglicherweise den gewünschten Erfolg. Die verschiedenen Lehrer einer Schule, oder besser gesagt, eines Fachbereichs setzen sich zusammen – im Team – und planen gemeinsam. Aus dem relativ offen gestalteten Lehrplan entsteht ein Stoffverteilungsplan, der das Leitbild der Schule, die Anforder-

rungen der späteren beruflichen Wirklichkeit und den Schüler mit all seinen Facetten berücksichtigt. Damit das hohe Niveau unserer schulischen (Aus-) Bildung gehalten – ja sogar gesteigert – werden kann, ist es nötig, dass im Besprechungsteam jeder Einzelne seine Fähigkeiten voll einbringt und jeder/jede seinen Mann bzw. seine Frau steht.

Integrierte Fachräume, die immer wichtiger und nötiger werden, weisen daraufhin, dass die Teamarbeit auch nach der Planung noch weiter besteht. Partnerschaftlich arbeiten Fach- und Theorie- oder Theorie- und Fachlehrer zusammen, um praxisnahen Unterricht mit brandaktueller Theorie zu verknüpfen. Die Möglichkeit – im Sinne einer qualitativ hochwertigen Ausbildung – den Stundenplan teilweise aufzuheben, in größeren Einheiten komplexe Themen gemeinsam vorzubereiten, damit sich der Schüler in entwickelnder Selbstständigkeit Neues, Unbekanntes aneignet, verlangt intensive kollegiale Zusammenarbeit. Teamteaching sollte dabei die aktive Selbstbildung der Schüler noch unterstützen und die Entwicklung weiter forcieren. Einführungswochen, in denen die SchülerInnen mit Kommunikation und Teamarbeit zur späteren dauerhaften Anwendung erlernen werden, gelingen nur durch die gemeinsame Anstrengung aller Lehrer der Abteilung.

(Fach-) Lehrer-Ausbildung

In diesem Sinne nehme ich auch meine Arbeit als Mentor für die Ausbildung von Fachlehrern im Kfz-Bereich sehr ernst. Fachlehrer müssen ein gleichwertiger Partner sein, denn die oben beschriebenen Teams verlangen Partner, gleichwertige Partner. Dazu muss die Ausbildung den zukünftigen Lehrern die effektivsten Mittel an die Hand geben, die einen zeitgemäßen Unterricht ausmachen. Der Lehrer muss seine Schüler und seinen Fachbereich kennen, um dann alle zur Verfügung stehenden Register der Didaktik und Methodik zu ziehen. Das Ergebnis muss jederzeit eine, am derzeitigen aktuellen Fachwissen ausgerichtete und an der derzeitigen Facharbeit

in den Betrieben orientierte, hervorragende unterrichtliche Praxis sein. Ich rede hier allgemein von Lehrern, d. h. es darf unter Berücksichtigung dieser Aspekte keinen Unterschied zwischen Fach- und Theorielehrern geben.

Der größte Teil der ausgebildeten Fachlehrer, die ich während meiner Tätigkeit als Mentor kennen gelernt habe, hat die Anforderungen nicht nur erfüllt, sondern er hat sie bei weitem übertroffen. Diese Partner werden – gerade in der heutigen Zeit – an den Schulen benötigt.

Optimaler Unterricht

Aufgrund meiner Funktion als Stellvertretender Schulleiter bin ich teilweise auch mitverantwortlich dafür, dass Klassen optimalen Unterricht genießen können, d. h. die an der Schule vorhandenen Lehrer müssen so eingesetzt werden, dass nicht nur der Unterricht an sich läuft, sondern dass die oben genannten Kriterien voll umgesetzt werden. Hier muss jeder Lehrer sich einbringen – und zwar mit voller Kraft. Die Grenzen verwischen. Nur bei der Statistik bzw. dem Stundeneinsatz ist zu erkennen, ob den Unterricht ein Fach- oder Theorielehrer übernimmt. Das Ziel des Unterrichts zählt, die Ausbildung der Schüler steht im Vordergrund und im Team wird geplant, werden Standards gesetzt, werden Standards vermittelt und überprüft. Kaum einer zieht sich dabei zurück. Die Anzahl der Projekte steigt, die Schüler sind begeistert beim Unterricht dabei und die Ausbildungsbetriebe sind zufrieden.

Unterschiedliche Erfahrungen

In dieses Team bringen sich die Lehrer unserer Schulen mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen ein. Ein Fachlehrer bringt seine betrieblichen Kenntnisse, seine fachliche Sicherheit und seine im betrieblichen Alltag gesammelte Erfahrung, ein, die noch durch seine pädagogisch-psychologische Ausbildung ergänzt wird. Ein Theorielehrer bringt die wissenschaftliche Durchdringung eines langen Studiums mit ein, abgerundet durch sein Zweitfach und das erziehungswissenschaftliche Studium.

Die verschiedenen Fähigkeiten, im Team vereint, bilden die Grundvoraussetzung für einen Unterricht, der im wahrsten Sinne des Wortes die Schüler befähigt, später im Beruf sattelfest zu sein, aber auch als Staatsbürger ihr Umfeld mitzugestalten.

Wertschätzung

Leider treten immer wieder Störungen in dieser Teamarbeit auf. Sie liegen nicht darin begründet, dass es den Fach- und Theorielehrern am Einsatz für ihre Schüler fehlt, sondern an der unterschiedlichen Wertschätzung, die ihrem Ausbildungsgang entgegengebracht wird und die sich in der unterschiedlichen Besoldung und dem unterschiedlichen Stundenmaß niederschlägt. Durch die verschiedenen Wege, die beide gegangen sind, um Lehrer zu werden, ist der rechtliche Rahmen fest abgesteckt.

Rechtliche Regeln leiten und führen uns, wir sind dadurch normalerweise abgesichert und fühlen uns sicher. Es gibt aber auch Menschen, die sich dadurch eingeengt fühlen und sich dagegen zur Wehr setzen. Daher muss die Frage erlaubt sein, ob dieser gesetzliche Rahmen unter den heutigen unterrichtlichen Bedingungen noch Bestand hat, noch be"recht"igt ist. Es muss eine rechtliche Auseinandersetzung erfolgen. Dabei darf weder die hervorragende Arbeit im Unterricht an unseren Schulen an sich, noch die gemeinsame Arbeit im Team übersehen werden. Jeder Lehrer, der – um seine Schüler gut auszubilden – seine eigenen Erfahrungen, seine pädagogisch/psychologische Ausbildung und seine Teamkompetenz einbringt verdient die volle Wertschätzung aller. Es müssen alle Bereiche ausgeschöpft werden, um einen ungestörten Unterricht zu ermöglichen, in dem das Team von Fach- und Theorielehrern aktiv wird.

Hoffnung

An unserer Schule in Rothenburg o. T. gab es vor kurzem eine Begegnung zwischen Lehramtsstudenten der TU-München, Fachlehreranwärtern aus dem Staatsinstitut in Ansbach und Referendarinnen. Nach Anlaufschwierigkeiten entwickelte sich eine äußerst fruchtbare Diskussion, die in mir die

Hoffnung keimen lässt, dass beide Gruppen weiter und noch enger zusammenarbeiten werden, um für unsere Schüler den optimalen Unterricht zu planen und durchzuführen.

Dieses zarte Pflänzchen bedarf aber einer behutsamen Pflege:

- Durch die Arbeit im Team
- und eine solide (Fach-) Lehrerbildung

- ergibt sich ein optimaler Unterricht
- geprägt durch unterschiedliche Erfahrungen,
- aufgewertet und unterstützt durch gleichberechtigte Wertschätzung
- keimt die Hoffnung.

Gemeinsam stärken wir die Schüler für die Zukunft. <

richtsbetrieb noch regelrecht in einer „Baustelle“ stattfinden musste. Wir freuen uns mit dem Team um Adolf Strobel, dass nach den langen Jahren in der „Notunterkunft“ jetzt ein entsprechendes Raumangebot mit der angemessenen Ausstattung für die Ausbildung der künftigen Fachlehrer und Fachlehrerinnen an beruflichen Schulen zur Verfügung steht. Die seit langem überfällige Erhöhung der Ausbildungszahlen ist nun möglich (siehe Tabelle unten links).

Bedauerlich ist allerdings, dass die vom Ministerium zugesagten 80 Plätze nicht ausgeschöpft wurden. Die Probleme im bestehenden Verfahren belegen auch hier, dass dringend eine Änderung in der Einstellungspraxis erforderlich ist. Der VLB hat entsprechende Vorschläge (siehe nachfolgende Aufstellung) bereits vor längerem unterbreitet.

Arbeitsgruppensitzung im neuen Staatsinstitut:

Mehr Kapazitäten zur Ausbildung von Fachlehrern

DOROTHEA HELBIG

Im November 2003 trafen sich die Mitglieder des Arbeitskreises das erste Mal im neuen Staatsinstitut zur Ausbildung von Fachlehrern/Fachleh-

rinnen an beruflichen Schulen in Ansbach.

Institutsleiter Alfred Strobel führte durch die neuen jetzt weitgehend fertiggestellten Räume, nachdem im Ausbildungsjahr 2002/03 der Unter-

Fachlehreranwärter am Staatsinstitut in Ansbach

Beruf/Schuljahr	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04
Bäcker/Konditoren		3	8	3
Buchbinder				1
Drucktechnik				1
Elektro/Energietechnik	3			5
Elektro/Datenverarbeitung			5	
Fleischer		3		2
Floristen			2	
Friseur		4	3	2
Glasapparatebauer				1
Glastechnik	1	2		
Hotelmeister/Restaurantmeister	4			3
Industriekeramiker				2
KFZ	5	4	7	8
Küchenmeister			4	5
Maler/Lackierer	3	5	3	
Metall Fertigungstechnik	7	8	9	10
Metall Installationstechnik	1	4		3
Metallbautechnik	3			2
Tischler	5	12	6	6
Uhrmacher				1
Zimmerer	5	4	3	
Schreibtechnik	2	5	5	6
Summe	39	54	55	62

Voraussetzungen für die Einstellungsprüfung:

- Einschlägige berufliche Erstausbildung,
- einschlägige Fortbildungsprüfung (z. B. Meister, Techniker, Fachwirt, ...)
- Mittlerer Schulabschluss,
- Berufspraxis,
- Allgemeine beamtenrechtliche Voraussetzungen.

Einstellungsprüfung

- Bayernweite Ausschreibung und Werbung,
- dezentral, frühzeitig,
- inhaltliche Überarbeitung nach Bedarfsanalyse durch das Staatsinstitut,
- wenn bestanden, für mehrere Jahre gültig.

Fazit:

- Großes Bewerberfeld wird angesprochen,
- vereinfachter Zugang zur Einstellungsprüfung,
- Entlastung durch einmalige Prüfung und dezentraler Prüfungsort.

Voraussetzungen für den Vorbereitungsdienst:

- Bestandene Einstellungsprüfung,
- Stellenzusage einer Schule,

Vorgehensweise:

- Einrichtung eines bayernweiten Stellenmarktes im Internet durch das KM,
- Ausschreibung der Fachlehrer-ausbildungsstellen mit Vorgabe bestimmter Ausbildungsmodulare durch die Schule, z. B. Sonderpädagogik,
- Möglichkeit für Interessenten, ihre Qualifikation darzustellen,
- Bewerbung entsprechender Interessenten direkt bei der Schule,
- Schule entscheidet sich für „Ihren“ Fachlehreranwärter,
- zusätzlich wählt das KM 10 % – 20% über Bedarf direkt aus zur Deckung,
- von unvorhergesehenem Bedarf, z. B. in Frauenberufen oder mobile Reserve.

Fazit:

- Adressatenbezogene Auswahl der Bewerber aus einem großen, qualifizierten Bewerberfeld,
- erst Ausbildung, dann Einsatz an der Schule.

Weitere intensive Gespräche werden mit den Verantwortlichen nötig sein, um die in den letzten Jahren immer absurde Situation bezüglich der Zulassung zum Ausleseverfahren zu verändern.

Die Bereiche Hauswirtschaft und Gesundheit müssen umgehend in die Abteilung IV des Staatsinstitutes zur Ausbildung von Fachlehrern integriert werden, um fachkompetenten Fachlehrerachwuchs in diesen Sparten für die nächsten Jahre auszubilden.

Wissenschaftsrat will radikale Veränderungen für Studienanfänger

Radikale Veränderungen für Studienanfänger hat der Wissenschaftsrat vorgeschlagen. Danach sollen Hochschulen ein umfassendes Auswahlrecht für Numerus-clausus-Fächer erhalten. Es müsse aber garantiert sein, dass die Abiturbesten einen Studienplatz bekommen beschloss der Wissenschaftsrat auf seiner Sitzung am Freitag in Berlin. In Fächern mit freiem Zugang ist generell eine neuartige Studieneingangsphase von einem Jahr vorgesehen. Am Ende soll geprüft werden, ob der Studierende für das Fach geeignet ist. Mit seinen Empfehlungen will der Wissenschaftsrat die Zahl der Studienabbrecher senken und die Motivation der Studenten stärken. *-dpa-*

Gedanken über den Reformpädagogen Hermann Lietz:

„Das höhere Ziel von Schule ist Erziehung“

PETER THIEL

Vom felsigen Gipfel der Milseburg in der hessischen Rhön geht der Blick hinüber nach Westen. Auf steiler Höhe zeichnet sich gegen den dunstigen Horizont die Silhouette eines Schlosses ab. Es ist Bieberstein, das – einst zum Kloster Fulda gehörend – im 12. Jahrhundert entstand. Ihr heutiges Erscheinungsbild erhielt die Anlage zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Häufig wechselten die Besitzer. 1904 wurde das Schloss von Hermann Lietz, dem Reformpädagogen, erworben. Dieser richtete dort ein Landerziehungsheim ein. Die Schule besteht noch heute, erfreut sich nach wie vor großer Akzeptanz und feiert demnächst ihr hundertjähriges Bestehen.

„Bieberstein ist eine der Einrichtungen, die zur ‚Stiftung Deutscher Landerziehungsheime Hermann-

Lietz-Schulen gehören“, erklärt Hilke Veldhuis, die u. a. für die Öffentlichkeitsarbeit der Lietz-Stiftung zuständig ist und die mir all meine Fragen mit viel Hintergrund beantwortet. Als

eine Art Oberstufenzentrum betreut die Schule derzeit 128 Mädchen und Jungs der Jahrgangsstufen 10 bis 13. „Und sie alle wohnen hier im Internat“, sagt Hilke Veldhuis.

Weitere Einrichtungen der Lietz-Stiftung befinden sich ganz in der Nähe im hessischen Hohenwerda sowie im thüringischen Haubinda. Dort, in Haubinda, gebe es seit jüngster Zeit auch eine Fachoberschule der Fachrichtung Technik, sagt Frau Veldhuis



Bieberstein: 1904 erwarb Hermann Lietz die Schlossanlage.

und macht damit die gesamte Bandbreite der Lietz-Pädagogik deutlich.

„Hier oben arbeiten wir weitab von Verkehrslärm und städtischer Hektik“, beschreibt Hilke Veldhuis die Atmosphäre der Schule. Sie verweist auf Lietz, der in der Abgelegenheit ländlicher Regionen die Voraussetzung dafür sah „das Wünschenswerte und Notwendige an das Kind heranzubringen und das Schädliche von ihm fernzuhalten“. Aber Frau Veldhuis schränkt ein: „Auch wenn wir uns sehr darum bemühen, ganz kann man Lietz heutzutage wohl nicht mehr umsetzen, wir leben in einer anderen Zeit“. Die pädagogischen Ideen jedoch seien zeitlos und es gebe gravierende Unterschiede zur Regelschule.

Biografisches

Hermann Lietz also. Ihn bezeichnet die Fachliteratur als „den Vater der Landerziehungsheim-Pädagogik“. Lietz' Konzeption steht in engem Zusammenhang mit den mißlichen Erfahrungen, die er selbst in der Schule gemacht hatte. Schluss mit den unpersonlichen Pauk-Anstalten, lautete sein Paradigma. Ein Heim mit kind- und jugendgemäßem Lebensstil sollte Schule sein, den Kindern vielfältige Möglichkeiten zu ganzheitlichem Erleben bieten. „Das herkömmliche Schulsystem“, sagte Lietz „vernachlässigt den Erlebnistrieb der Kinder vollständig“.

Hermann Lietz wurde 1868 auf Rügen geboren und starb 1919 in Haubinda, wo sich auch sein Grab befindet. Er entstammte einem dörflich-ländlichen Umfeld und hatte einen starken Familienbezug. Vom Vater erhielt er zunächst eine Art Elementarbildung, die ihn auf das Gymnasium vorbereiten sollte. Sie war ausgerichtet am Rhythmus der Natur und beflügelte die kindliche Phantasie in nachhaltiger Weise. Der Besuch des Gymnasiums, zuerst in Greifswald, dann in Stralsund ernüchterte das kindliche Gemüt stark. Prügelstrafe, ständiges Extemporieren und reines Bücherlernen bestimmten den Schulalltag. Im Rückblick auf diese Zeit schrieb Lietz: „Der Erzieher sollte nie die Leiden der eigenen Kindheit vergessen“.

An den Nachmittagen viel praktische Arbeit in „Gilden“ ...

... hier in der Goldschmiedewerkstatt ...



... und hier in der Töpferwerkstatt.



Fotos:
Archiv Bieberstein

Landwirt wollte er gerne werden aber auch Gärtner oder Bildhauer. Neigungen zu sozialer Arbeit und Interesse an Lebens- und Weltanschauungsfragen beeinflussten seine Berufswünsche ebenfalls. So begann er mit dem Studium der Theologie in Halle. 1890 wechselte er nach Jena, wo er sich intensiv mit Fragen der Soziologie beschäftigte und schließlich mit dem Thema „Begriff der Gesellschaft bei August Comte“ promovierte.

1892 legte er – mit den Lehrbefähigungen für Philosophie, Deutsch, Religion und Hebräisch – die Lehrprüfung ab.

Zwei Begegnungen nahmen entscheidend Einfluss auf die Konzeption seiner späteren Landerziehungsheim-Pädagogik: Zum einen der Kontakt mit Wilhelm Rein und der Pädagogik Herbarts an der Jeaner Übungsschule. Bestimmend war dabei der Primat des Erzieherischen. Zum anderen war ein einjähriger Aufenthalt 1896 bei Cecil Reddie in Abbotsholme von nachhaltiger Bedeutung. Dort war Lietz an der Gestaltung der Lehrpläne beteiligt und erhielt Einblick in die prakti-

schen Schritte bei der Gründung einer Reformschule. Die bei Reddie gemachten Erfahrungen beschrieb Lietz in seinem Erziehungsroman „Emlohstobba“, was nichts anderes bedeutet als die umgekehrte Lesart von Abbotsholme. Die Bedeutung des Aufenthalts an der englischen Reformschule kommt in einem Brief an Rein zum Ausdruck, in dem es u.a. heißt: „... Hier ist mir mein Plan immer fester geworden, mit der Zeit selber eine Schule zu gründen, die den Forderungen der Pädagogik entspricht, geistige, körperliche, praktische, moralische Erziehung verbindet und zwar auf dem Lande, am liebsten auf einer kleinen Insel, die ganz Schulgebiet ist ...“ Zurück aus Abbotsholme schreitet Lietz zur Tat und gründet im Jahre 1898 das erste deutsche Landerziehungsheim in Ilseburg/Harz, dem die beiden Gründungen in Haubinda (1901) und Bieberstein (1904) folgen.

Das pädagogische Konzept

Lietz' Anliegen ist es – wie gesagt – den Charakter der unpersonlichen Schul-Anstalt zu überwinden und eine

pädagogisch ausgerichtete Heimstatt mit jugendgemäßem Lebensstil zu schaffen. Die Schule sollte zum Erlebnisfeld des Kindes werden und dessen Erlebenstrieb gerecht werden. „Der Unterricht wird auf die Vormittagsstunden verlegt und zwar so, daß eine Lehrstunde nicht die Zeit von 45 Minuten überschreitet und daß zwei längere Unterbrechungen von 15 Minuten zwischen den Lehrstunden liegen. Die eine Pause wird zu einem Dauerlauf verwendet, der besonders günstig für die Entwicklung der Lungen ist. Im ersten Teil des Nachmittags – von 2 bis 4 Uhr – findet praktische oder künstlerische Tätigkeit in Werkstätten, Garten, auf dem Landgut oder im Zeichensaal statt oder Arbeit im Laboratorium oder musikalische Übungen oder Spiel. Erst am Spätnachmittag ... erfolgt eine weitere Lerntätigkeit, die selbständige Durcharbeitung des mit den Lehrern durchgesprochenen Stoffes...“. So beschreibt Lietz den Tagesverlauf während des Schulbetriebs und so läuft der Tag in Bieberstein und in den anderen Lietz-Schulen auch heute noch ab.

Die Bezeichnung Land-Erziehungsheim war Programm. Lietz wollte Stätten schaffen, in denen erzogen und nicht nur unterrichtet wird, in denen die Jugend auf dem Lande in freier Gottesnatur aufwache, in denen sie mit ihren Erziehern wie eine erweiterte Familie zusammenlebt.

In der Großstadt sah Lietz – wie übrigens auch sein Lehrer Rein – eine hochgradige Gefährdung der Kinder und Jugendlichen. Das Stadtleben biete für die Heranwachsenden nur negative Einflüsse wie Alkoholismus, Nikotinsucht und Prostitution. Die Abgeschlossenheit des Landes hingegen erlaube das Wünschenswerte und Notwendige an das Kind heranzutragen und das Schädliche fernzuhalten.

Angesichts des sozialen Wandels im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde verstärkt über die Aufgaben der Schule diskutiert, was zum Aufkommen verschiedener reformpädagogischer Denkansätze führte. Die Familie büßt ihre erzieherische Kraft mehr und mehr ein, stellten Rein und Lietz fest, und sie wiesen der Schule deshalb er-

gänzende Aufgaben zu. Hatte die Schule ehemals nur zu unterrichten, weil die Erziehung durch Elternhaus und Umfeld bewirkt wurde, so müsse sie nun auch andere Aufgaben übernehmen. „Das höhere Ziel von Schule ist die Erziehung und damit die Bildung religiös-sittlicher Charaktere“, folgerte Lietz und ist mit dieser Position heute alles andere als überholt.

Die Lehrerrolle

Um einen Lehrer gruppieren sich im Landerziehungsheim zwischen 8 und 12 Schülerinnen und Schüler. Sie bilden eine sog. Heimfamilie. „Genau genommen sind unsere Pädagogen viel mehr als Lehrer“, sagt Hilke Veldhuis und verweist vor allem auf die Verantwortung gegenüber jüngeren Internatskindern.

In der Tat, an den Lehrer stellte Lietz außerordentlich hohe Anforderungen, die sich an einem philanthropischen Ideal sittlicher Vollkommenheit orientierten. „Der Lehrer der Vergangenheit“, schreibt er, „hat im Schüler in erster Linie den Untergeordneten erblickt ... Dabei hat er sich vor allem auf die aus dem Amte und seinem überlegenen Alter erwachsene Autorität gestützt“.

„Die deutsche Nationalschule“

Zur Landerziehungsheim-Pädagogik gehört auch die altersgemäße Spezialisierung der Einzelschule. Zur Gründungszeit waren in Ilseburg die jüngeren Schüler (bis zum 12. Lebensjahr), in Haubinda die Altersgruppe bis 15 und in Bieberstein die Oberstufe. Diese Spezialisierung gilt im Wesentlichen auch heute noch.

In seinem Hauptwerk „Die deutsche Nationalschule“ fasste Lietz seine pädagogischen Gedanken zusammen. Das in den Landerziehungsheimen Erprobte sollte Vorbildfunktion erhalten für die Reformen im staatlichen Schulwesen. Freilich musste dies angesichts der Forderung nach ausschließlich ländlichen Standorten mit beträchtlichem Vorbehalt gesehen werden.

Insbesondere die familiäre Kommunikationsstruktur der Schule gilt für heutige Verhältnisse als beachtens-

wert. Darüber hinaus ist die Frage nach erlebnisorientierten Identifikationsmöglichkeiten der Schule heute so aktuell wie kaum je zuvor. Freilich darf Erlebnispädagogik nicht mit schulischen Vergnügungsangeboten gleichgesetzt werden. Das Erleben nämlich ist kein orientierungsloser Selbstzweck und schon gar keine trickreiche Methode, um die Schüler bei der Stange zu halten. Es dient vielmehr der Persönlichkeitsbildung, der emotionalen und sozialen Entwicklung und fördert in vielfacher Hinsicht die Eigeninitiative, was gerade in der Gegenwart besonders gefragt ist.

Es gilt, Lietz' Gedankengut auf die heutigen Verhältnisse zu übertragen. Problematisch weiterhin sind die radikalen Forderungen nach dem Landleben und die strikte Ablehnung der Stadtkultur. Als Kind seiner Zeit war Hermann Lietz auch nicht frei von nationalem Gedankengut. Auch dies hat heute – angesichts der europäischen Entwicklung – als pädagogische Maßgabe wohl ausgedient.

Alles in allem aber ist der pädagogische Denkansatz von Hermann Lietz auch heute aktuell. Das drückt sich nicht nur in der Nachfrage an den bestehenden Lietz-Schulen aus, sondern auch in der zunehmenden Bedeutung der Erlebnispädagogik, die in vielfacher Weise auf Lietz zurückgreift.

„Unsere jungen Leute quittieren das Bildungsangebot mit hochgradiger Identifikation“, sagt Hilke Veldhuis am Schluss unseres Gesprächs. Die starke Bindung an die Schule merke man oft erst später, wenn die Ehemaligen zu Festen und Feiern von „draußen“ zurückkommen nach Bieberstein.

Und schließlich verweist Hilke Veldhuis noch darauf, dass es bei den Abiturprüfungen auf Bieberstein so gut wie keine Ausfälle gebe.

Literatur: Ralf Koerrenz „Hermann Lietz – Wegbereiter der modernen Erlebnispädagogik?“ Lüneburg 1994.

Schreiben des VLB an das
Bayerische Staatsministerium
für Unterricht und Kultus,
16. Februar 2004

Betreff: Unterrichtspflichtzeit von Lehrkräften an beruflichen Schulen, hier: Gewerbliche Fachlehrer

Sehr geehrter Herr Thomé,

gewerbliche Fachlehrer verfügen über die Lehrberechtigung für den gesamten fachlichen Unterricht. Auf Grund ihrer Vorbildung haben sie zwar ihre besonderen Stärken in der Vermittlung von fachpraktischen Inhalten, ihre Ausbildung erlaubt jedoch den uneingeschränkten Einsatz in Lernfeldern. Die Ausweisung von Zeitanteilen für fachpraktischen Unterricht ist deshalb nicht nur unnötig, sie ist auch kontraproduktiv. Lernfelder sind bekanntlich nicht fachsystematisch strukturiert und sollen ausdrücklich „fächerübergreifend“ und handlungsorientiert unterrichtet werden. Eine künstliche Ausweisung von fachpraktischen Inhalten konterkariert geradezu die Idee der Lernfelder und wird ihre erfolgreiche Einführung behindern.

Ob bei der Umsetzung der Lehrplaninhalte eine eher theoretische oder praxisnahe Vorgehensweise gewählt wird ist in jedem Fall Ergebnis von methodisch – didaktischen Überlegungen der Lehrkräfte und nicht einfach aus dem Lehrplandtext abzuleiten, weshalb Sie ja auch nur eine zeitliche Vorgabe und keine inhaltliche Zuweisung der sog. fachpraktischen Lerninhalte (fpL) vorgenommen haben. Für die Organisation von Unterricht in Lernfeldern ist die Vorgabe von systemfremden fachpraktischen Lerninhalten, in denen hauptsächlich Fachlehrer eingesetzt werden sollen deshalb wenig hilfreich. Die Festlegung von Zeitanteilen ohne konkrete inhaltliche Zuordnung erschwert vielmehr eine von Qualitätsgesichtspunkten geleitete Planung, da neben den fpL auch Teilungsstunden im Rahmen der Lehrerbudgetierung vorgegeben sind und diese Teilungsstunden in handlungsorientierten Unterrichtseinheiten keineswegs auf Anwendungsphasen beschränkt sind.

Wir vertreten überdies die Auffassung, dass der Umfang der Unterrichtspflichtzeit nicht durch die Laufbahn, sondern durch die Belastung im Unterricht bestimmt sein sollte. Es ist unstrittig, dass im herkömmlichen, nach Fächern gegliederten Unterricht der Einsatz in sog. Theoriefächern, dazu gehören auch die allgemeinbildenden Fächer, üblicher Weise eine größere Belastung für den unterrichtenden Lehrer bedeutet, als der Unterricht in Praktischer Fachkunde. Die Gründe dafür liegen zum einen in der Gruppengröße – PF wird üblicherweise in geteilten Klassen unterrichtet – und zum anderen in dem höheren Aufwand an Vor- und Nachbereitung sowie im Korrekturaufwand.

Die Unterrichtspflichtzeit der Fachlehrer vom Einsatz in nicht einmal definierten fachpraktischen Lerninhalten abhängig zu machen ist nicht nachvollziehbar. Sinnvoller wäre es hingegen, die Belastung als Kriterium zu verwenden, und hier könnte beispielsweise der Unterricht in geteilten oder ungeteilten Klassen als Indikator dienen. Wir halten es für sinnvoll, in einer Stufenlösung die Bandbreite von 24 bis 27 Unterrichtswochenstunden auszuschöpfen. Die Arithmetik, erst ab der 14. Unterrichtsstunde an eine Reduzierung zu denken, ist jedoch beim besten Willen ebenfalls nicht nachvollziehbar. Bei einer gleichmäßigen Verteilung ergibt sich vielmehr eine Verminderung der UPZ um eine Wochenstunde nach jeweils 8 Stunden Unterricht in ungeteilten Klassen.

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, dass die im KMS ausgesprochene Drohung mit dem Knüppel „Teilabordnung“ völlig unangemessen ist. Der Motivation der Lehrkräfte wird damit in einer Zeit, wo der Rotstift regiert und steigende Belastungen durch Gehaltskürzungen honoriert werden, ein Bärendienst erwiesen. Sehr geehrter Herr Thomé, wir bitten um Fortschreibung/Änderung des o.g. KMS und Beantwortung unseres Schreibens vom 03.04.03 in gleicher Angelegenheit (siehe „VLB akzente“ 05/03, S. 23/24)

*Mit freundlichen Grüßen
H. Sauerwein, Landesvorsitzender*

Schreiben des VLB an
Kultusministerin Monika Hohlmeier,
12. Februar 2004

Initiative zur Fortentwicklung der Fachoberschule: Einrichtung von Eliteklassen FOS 12E und FOS 13E

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hohlmeier,

„besonders begabte Schülerinnen und Schüler müssen unabhängig von ihrer schulischen Vorbildung deutlich besser gefördert werden“ – dies ist seit Jahren eine wesentliche Forderung des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen.

Gerade in einer Zeit der Diskussion um die Verkürzung von Schul- und Studienzeiten sowie der besonderen Förderung von begabten Schüler/innen und einer Steigerung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigten – auch aus dem beruflichen Schulwesen – schlägt der VLB vor, an der Fachoberschule sogenannte Eliteklassen einzurichten und sie im Rahmen von Schulversuchen zu erproben.

In der FOS 12E sind die theoretischen Inhalte der bisherigen FOS 11 und 12 zu konzentrieren und die fachpraktischen Anteile zu fördern. Ziel ist es, bereits nach einem Jahr die Fachhochschulreife zu erreichen. In der FOS 13E ist besonders leistungsbewussten FOS-Schüler/innen die Studierfähigkeit für ein Hochschulstudium zu vermitteln.

Die FOS 12E sollte offen sein für besonders leistungsstarke Absolventen aller Schularten, die einen mittleren Schulabschluss verleihen. Für die Aufnahme ist ein Notendurchschnitt besser als 2,0 in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik erforderlich. Diese Klasse kann nur an der Fachoberschule angesiedelt werden, weil deren fachkompetente Lehrkräfte seit Jahrzehnten junge Menschen mit unterschiedlichsten Voraussetzungen erfolgreich zur Fachhochschulreife führen. Neben der berufsorientierten Vermittlung allgemein bildender Inhalte zeichnet sich die Fachoberschule traditionell durch eine fachpraktische Einführung in die Wirtschafts- und Arbeitswelt aus. Die Integration von Theorie und Praxis bereitet in hervorragender Weise auf die Anforderungen der Fachhochschule vor. Die Akzeptanz dieses Bildungsganges durch die Abnehmer „Fachhochschule“ ist sehr groß.

Unser Vorschlag stellt eine ideale Ergänzung zum geplanten Modellversuch FOS 13E dar. Damit ergibt sich für dieses Schülerklientel ein Durchstieg bis zur Universität, verbessert die Durchlässigkeit im gegliederten Schulsystem und stärkt insgesamt die berufliche Oberstufe. In Verantwortung gegenüber unserem Schülerklientel an der FOS halten wir es für unvertretbar, Vorschlägen vergleichbarer Art zu folgen, die offensichtlich standespolitisch motiviert sind.

Uns ist bewusst, dass noch viele offene Fragen zu klären sind. Wir bieten unsere kompetente und konstruktive Mitarbeit bei der Erstellung der Studentafeln, der Verdichtung der Lehrpläne und Koordinierung von Unterricht und Fachpraxis an und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Vertretern Ihres Hauses.

Mit freundlichen Grüßen
H. Sauerwein, Landesvorsitzender

Schreiben von Kultusministerin
Monika Hohlmeier an den VLB,
17. Februar 2004

Verwaltungsreform

Sehr geehrter Herr Landesvorsitzender,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben. Das von Ihnen aufgezeigte Problem der geteilten Schulaufsicht für berufliche Schulen ist uns sehr wohl bewusst. Zuletzt machte die Firma Roland Berger im Jahre 2001 ausführliche Vorschläge zur Reform der Schulverwaltung. Lösungsansätze zur Vereinheitlichung der Schulaufsicht für die beruflichen Schulen waren damals nicht umsetzbar.

Die zunehmenden Anforderungen an das Bildungssystem zwingen uns jedoch dazu, die Schulverwaltung erneut nach ihrer Zukunftsfähigkeit zu hinterfragen. Wie Ihnen bekannt ist, hat Herr Ministerpräsident im Rahmen seiner Regierungserklärung eine umfassende Reform der bayerischen Staatsverwaltung angekündigt. In diesem Zusammenhang soll auch eine Reform der Schulverwaltung durchgeführt werden. Ich darf Ihnen versichern, dass ich Ihre Auffassung zur Vereinheitlichung der Schulverwaltung bei den beruflichen Schulen teile und Ihre Argumente in die Reformüberlegungen einbringen werde.

Abschließend möchte ich mich ausdrücklich bei Ihnen für die ausnahmslose gute und konstruktive Zusammenarbeit bedanken.

Mit freundlichen Grüßen
Monika Hohlmeier

**Schreiben der Arbeitsgemeinschaft
Bayerischer Lehrer Lehrerverbände
(abl) an die Tourismusverbände
Bayerns und deren Nachbarregionen,
25. Februar 2004**

Angedrohte Arbeits- zeiterhöhung für Lehrkräfte in Bayern Folgen für das Schulleben

(siehe auch Umschlagseite 4)

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,

die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) setzt sich zusammen aus dem Bayerischen Philologenverband (bpv, Vertretung der Gymnasiallehrer), dem Bayerischen Realschullehrerverband (brlv), dem Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) und der Katholischen Erziehergemeinschaft (KEG, Vertretung von Lehrern an Grund- und Hauptschulen). Wir wenden uns an Sie wegen möglicher Konsequenzen für Skilager, Studienfahrten und Schullandheimaufenthalte im nächsten Schuljahr.

Die Bayerische Staatsregierung hat ein Sparprogramm mit einem Volumen von 2,5 Milliarden Euro angekündigt. Dies beinhaltet u. a. eine Arbeitszeiterhöhung für Beamte und damit auch für die Lehrkräfte an staatlichen bayerischen Schulen.

Dies wäre die dritte Arbeitszeiterhöhung für die Lehrkräfte in Bayern innerhalb von zehn Jahren. Die bayerische Lehrkräfte absolvieren zur Zeit auch ein Arbeitszeitkonto (zur sogenannten „Untertunnelung“ des Schülerbergs), was es bei anderen Bereichen im öffentlichen Dienst nicht gibt.

Es gab von Seiten der Politik eindeutige Versprechungen, dass während der Laufzeit dieses Arbeitszeitkontos keine neuerliche Arbeitszeiterhöhung durchgeführt werde. Nun ist sie also doch angekündigt. Bei einer derzeitigen Unterrichtsverpflichtung je nach Schulart und Fächerverbindung zwischen 23 und 29 Unterrichtsstunden ist die obere Belastungsgrenze erreicht.

Mehrere Gutachten belegen, dass die Lehrkräfte über 1800 Zeitstunden pro Jahr leisten, was über 48 Stunden pro Schulwoche und ca. 44 Zeitstunden pro Kalenderwoche (also unterrichtsfreie Zeit eingerechnet) entspricht. Dies sind im Schnitt deutlich mehr Stunden als der Durchschnitt der Erwerbstätigen in Deutschland leistet. In diesen Berechnungen sind die vielen außerunterrichtlichen Tätigkeiten noch nicht berücksichtigt. All diese Tätigkeiten wie Skilager, Schüleraustausch, Schultheater u.v.a.m. sind wertvolle pädagogische Maßnahmen für jede Schule, und sie werden von den Lehrkräften aus eben diesen Gründen und aufgrund ihrer pädagogischen Verantwortung geleistet.

Eine Umfrage bei den Lehrkräften in Bayern hat nun ergeben, dass durch den Vertrauensbruch, der durch eine neuerliche Arbeitszeiterhöhung zustande kommen würde, über 80 Prozent keine unbezahlten Mehrleistungen mehr erbringen wollen. D. h. konkret, es ist damit zu rechnen, dass an vielen Schulen im Schuljahr 2004/2005 Skilager, Studienfahrten, Schullandheimaufenthalte u. a. nicht mehr organisiert werden.

Da bayerische Schulklassen auch Orte in Ihrem Einzugsbereich anfahren, wollen wir Sie schon jetzt von diesem Sachverhalt in Kenntnis setzen, damit Sie entsprechende Konsequenzen ziehen können. Wir bitten Sie, diese Informationen an die Betroffenen weiterzuleiten. Für Rückfragen stehen die Lehrerverbände gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

*Peter Peitzer (brlv, abl-Sprecher)
Max Schmidt (bpv)*

*Hermann Sauerwein (VLB)
Bernhard Buckenleib (KEG)*

Zum Vormerken:

**Am 19. / 20. November 2004
findet in Bamberg der
7. VLB-Berufsbildungskongress statt.**

Der VLB freut sich auf Ihren Besuch.

COMENIUS Schulprojekt Nürnberger Wirtschaftsschüler:

Kooperation mit ausländischen Übungsfirmen

CHRISTIANE ZINTH

Im Jahr 2002 ist aus unserer Idee, eine Exportabteilung in der Übungsfirma aufzubauen, ein genehmigtes COMENIUS-Schulprojekt der Europäischen Union geworden. Lehrer und Schüler aus Finnland, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik und Deutschland stellen über ihre schulischen Übungsfirmen virtuelle Handelsbeziehungen her. Einerseits wer-

kauf ins Englische übersetzt und sie als Word-Dokument gestaltet. Die bearbeiteten Formulare können nun als Anhang einer E-Mail ins Ausland verschickt werden.

Auch an den offiziellen Projekttreffen waren Schülerinnen und Schüler beteiligt. Das erste Treffen fand in Nürnberg statt. Lehrer und Schüler aus den vier Partnerländern trafen sich Anfang November 2002 an der Städtischen Wirtschaftsschule Nürn-



Übungsfirmenarbeit mit den Gästen des Projektes.

den so den Schülern Hilfestellungen für ihren zukünftigen Beruf gegeben. Andererseits wird hier nebenbei auch die Notwendigkeit zur Völkerverständigung vermittelt und praktisch angewendet und erfahren. Da die Abwicklung der Geschäfte ausschließlich englischsprachig vor sich geht, erleben die Schüler einen neuen, andersartigen Zugang zur Fremdsprache. Dadurch erhöht sich die Motivation, eine Sprache zu beherrschen.

In vergangenen Schuljahr haben die Schülerinnen und Schüler viel Arbeit in dieses Projekt investiert. Sie haben den Verkaufskatalog und die benötigten Formulare für Ein- und Ver-

berg. Die ausländischen Schüler waren in Familien unserer Schüler untergebracht, die Lehrer in Hotels.

Das zweite Projekttreffen fand im März 2003 bei unseren slowakischen Partnern in Nove Mesto Nad Vahom statt. Vier Schülerinnen und ich nahmen an diesem Projekttreffen teil. Die Schüler der tschechischen Schule hatten zwischenzeitlich einen Server eingerichtet, auf dem sich jede Übungsfirma anmelden, ihre Produkte vorstellen und Aufträge geben und empfangen konnte. Dies wurde bei dem zweiten Treffen erfolgreich getestet. Ebenso testeten wir erfolgreich „video-conferencing“. Auch bei diesem Treffen

kam der persönlicher Kontakt nicht zu kurz, weder bei den Schülern noch bei den Lehrern.

Für das neue Schuljahr haben wir einen Verlängerungsantrag für dieses Projekt bei der EU angemeldet, der auch genehmigt wurde.

Das dritte Projekttreffen ist 2004 in Finnland geplant. Dort wollen wir die Kommunikation per Video Konferenz verstärken. Erste Versuche über die Grenzen hinweg haben allerdings große Probleme bereitet. Aber auch wenn unsere Video Konferenzen in diesem Jahr nicht zum Einsatz kommen sollten, bleibt der Kontakt weiterhin intensiv, per E-Mail oder per Chat auf dem Projektserver.

Des Weiteren haben wir einen neuen Partner hinzugewonnen- eine Schule aus der Stadt Cordoba in Spanien. Die „Handelsbeziehungen“ zu dieser Schule sind allerdings noch im Aufbau.

Die Schüler, die an der Entstehung dieses Projektes beteiligt waren, sind berechtigterweise stolz darauf. Die Arbeit an ihren Stellen in der Übungsfirma hat sich durch das Projekt nicht gravierend geändert. Doch stehen sie nun der englischen Sprache und ihrer Anwendung im täglichen Leben viel aufgeschlossener gegenüber. Sie haben sich sehr gefreut, Schüler aus anderen Ländern kennen zu lernen. Für alle Beteiligten ist der Kontakt mit ausländischen Lehrern und Schülern eine unglaubliche Bereicherung. <

In eigener Sache

VLB-Veranstaltungstermine im Internet

Bitte melden Sie alle in den Bezirks- und Kreisverbänden stattfindenden VLB-Termine an die Geschäftsstelle an Frau Götzke. Sie werden dann umgehend in den VLB-online Kalender eingestellt. Den VLB-online Kalender finden Sie unter www.vlb-online.de in der Rubrik Infos.

Kontakt:

E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de oder
Telefon 089-59 52 70

Software und Medien für Schulen:

Wer soll das bezahlen?

JOHANNES MÜNCH

Auch wenn dank der Segnungen von Intel-Lehren für die Zukunft nahezu die gesamte bayerische Lehrerschaft mit Microsoft Office kostenlos ausgestattet wurde, muss schneller als dem Lehrer lieb ist zum Bewusstsein zurückgekehrt werden, dass Software, auch beim Marktführer Microsoft Geld kostet. War sie doch nur für die Lehrer, nicht aber für Schulen und noch weniger für Schüler, deren Eltern und Ausbildungsbetriebe kostenlos.

Härtere Gangart

Auch wenn erste Anzeichen nur dem Eingeweihten auffallen, so ist seitens der Software-Industrie grundsätzlich ein stringenterer Kurs gegenüber dem gesamten Bildungssektor erkennbar. Die Einstellung des Microsoft Partnerschulprogramms zum 1. August 2003 (<http://www.microsoft.com/germany/ms/bildungsiniciativen/partnerschulen/>) und der Microsoft Internet-Beratung für Schulen zum Jahresende 2003 kann verbunden mit den neuen Lizenzmodellen für Schulen und den leeren Staatskassen durchaus als klares Zeichen verstanden werden, dass der Schulbereich diesbezüglich am Anfang von mindestens sieben mageren Jahren steht. Dass andere, nicht zuletzt auch Medienkonzerne, Verlage und Verwertungsgesellschaften dem Beispiel des Marktführers folgen werden ist selbstredend. Nicht die multimediale, sondern die medienfreie Schule wäre die Folge. Und der jüngste Vorstoß zur Abschaffung der Lernmittelfreiheit gibt einen Ausblick, wohin der Trend zukünftig gehen könnte.

Suche nach Auswegen

Spätestens seit der Entscheidung der Stadt München für Linux, mit IBM und Suse als Partner, ist auch der breiten Öffentlichkeit bekannt, dass es tragfähige Betriebssystemalternativen zu Windows gibt. Und auch die Wer-

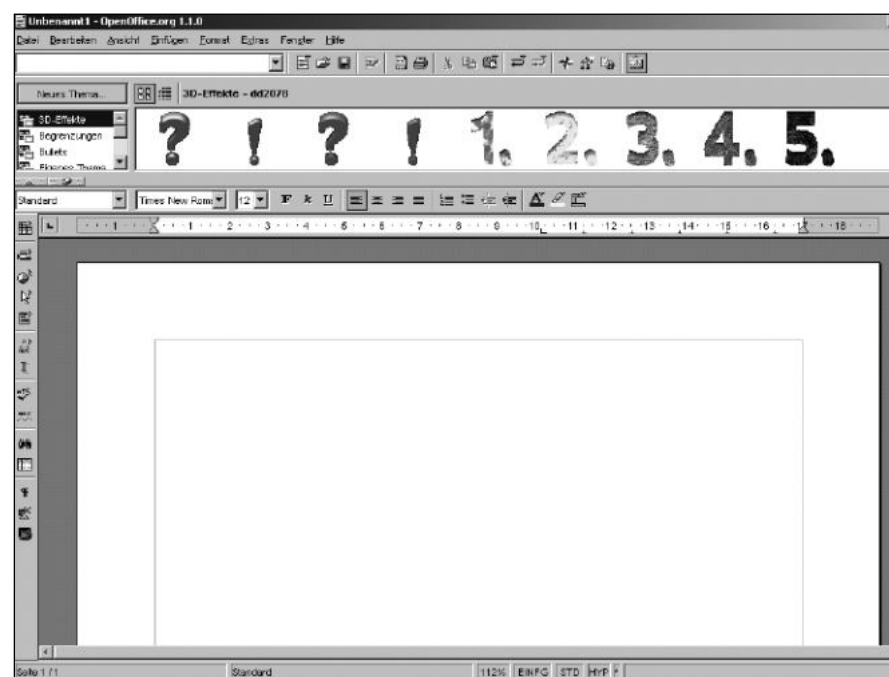
bung hat uns hinreichend mit Informationen zu dem Windowskonkurrenten Linux von IBM (oder so) versorgt. Doch im Gegensatz zu dem von der Werbung gezeichneten Bild ist Linux kein Produkt von IBM, sondern vielmehr ein erfolgreiches Konzept, wie Software im weiteren Sinne als Alternative zu teuren kommerziellen Produkten von vielen Programmierern für viele Nutzer kostenlos erstellt wird. Ein Kurzabriss der Entstehungsgeschichte von Linux kann unter http://www.selflinux.org/selflinux-devel/html/linux_geschichte.html nachgelesen werden.

Freie Software

Während Heerscharen von Software-Schutzgemeinschaften und Armeen von Anwälten versuchen, aus vermeintlich geistigem Eigentum in Form von Software-Patenten ihren Vorteil zu ziehen, gibt es spätestens seit der Einführung des Internets eine starke Gemeinschaft von Software-Entwicklern, die unter der sogenannten GNU-Lizenz freie Software entwickeln. Während viele Software-Firmen ge-

heimniskrämern, basiert der GNU-Gedanke, nicht zu verwechseln mit Open Source, darauf, dass bei der Entwicklung von Software alles offengelegt, anderen bekannt gemacht und zur Verfügung gestellt wird. Freie Software im Sinne von GNU bedeutet nach der Free Software Foundation die Freiheit, die Software zu benutzen, zu kopieren, sie zu vertreiben, zu studieren, zu verändern und zu verbessern. Genauer gesagt, bezieht sich der Begriff Freie Software auf vier Arten von Freiheit, die der Benutzer der Software hat:

1. Die Freiheit, das Programm für jeden Zweck zu benutzen (Freiheit 0).
2. Die Freiheit, zu verstehen, wie das Programm funktioniert und wie man es für seine Ansprüche anpassen kann (Freiheit 1). Der Zugang zum Quellcode ist dafür Voraussetzung.
3. Die Freiheit, Kopien weiterzuverbreiten, so dass man seinem Nächsten weiterhelfen kann (Freiheit 2).
4. Die Freiheit, das Programm zu verbessern und die Verbesserungen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, damit die ganze Gemeinschaft davon profitieren kann (Freiheit 3). Der Zugang zum Quellcode ist dafür Voraussetzung. Will also ein anderer Programmie-



rer diese Software weiterentwickeln, so kann er dies unter der Bedingung, dass wiederum seine Entwicklung offengelegt wird und für andere Entwickler gleichermaßen frei ist. Und die Nutzer, in unserem Falle die Schulen, dürfen diese Software frei nutzen. Näheres zum GNU-Konzept kann unter <http://www.gnu.org/philosophy/freesw.de.html> nachgelesen werden. Fürwahr ein dem deutschen Wesen mehr als fremdes und doch sinnvolles Denkmodell, das vom deutschen Verein Freie Software und Bildung e.V. (<http://fsub.schule.de>) erfolgreich auf deutsche Schulverhältnisse übertragen wurde.

Zukunftsgerechte Alternativen

Am Beispiel der für 49,00 Euro gekauften Linux-CD, die im Gegensatz zu anderer Software beliebig oft installiert, kopiert und weitergegeben werden darf wird klar, wo die Vorteile freier Software auch für Berufsschulen und insbesondere unsere zahlreichen mittelständischen Ausbildungsbetriebe bereits heute liegen. Nicht nur, dass mit der Zahlung der 49,00 Euro ein inzwischen durchaus professionelles und leicht installierbares Betriebssystem in Windows-Technik für PCs und gleichermaßen Server verfügbar ist, vielmehr erhält der Käufer bzw. Nutzer eine Vielzahl von Anwendungsprogrammen gleich mitgeliefert. Das auf dem ehemaligen „Hamburger“ StarOffice basierende, von Sun gekaufte und freigegebene OpenOffice (<http://de.openoffice.org>) ist nicht nur für alle Linux-Interessierten, sondern auch für Windows- und Mac-User kostenlos download- und nutzbar. Dieses umfassende Office-Paket ist ein erprobtes, stabiles und mächtiges Beispiel für die wesentlichen Vorteile von GNU. Analog finden sich gleichermaßen zahlreiche brillante Programme zu Bildverarbeitung, Videoschnitt, CAD und vielem, vielem mehr. Darüber hinaus laufen in den USA eine Vielzahl von vielversprechenden Projekten im Schulbereich, wie z. B. das K12-Terminal-Server-Projekt (<http://www.k12tsp.org>), mit dem die Administration von Schulnetzen und die Verteilung von

Software auf der Basis freier Software wesentlich vereinfacht werden kann.

Und ganz im Sinne der laufende Schulentwicklung könnten viele Lehrer mit der Verbreitung ihrer elektronischen Unterrichtsmaterialien und -medien im Sinne freier Software, z. B. über das Teamlearn-Portal auf dem Bayerischen Schulserver dazu beitragen, dass sich der Gedanke freier Software und Bildung mit der heute erfor-

derlichen rasanten Geschwindigkeit zu mehr Unterrichtsqualität durch virtuelle Zusammenarbeit von Lehrern für unsere Schüler und die Zukunft unserer Jugend verbreitet.

Doch wie verdienen dann zukünftig IT-Unternehmen ihr Geld. Sie tun es einfach dem Branchenriesen IBM gleich, der zwischenzeitlich einen Großteil seiner Umsätze mit Beratung, Dienstleistung und Anpassungen von Softwarelösungen erzielt. <



VLB-Mitgliederservice

Digitalkamera-Aktion

In Zusammenarbeit mit einem namhaften deutschen Fotoversandunternehmen werden wir Ihnen in der nächsten VLB-akzente rechtzeitig vor der Urlaubssaison in zwei Preissegmenten (bis 300 Euro und ca. 500 Euro) jeweils ein Digitalkameramodell von Markenartiklern zu Vorzugskonditionen zur Auswahl anbieten.

Abwarten müssen wir noch, da die Kamera im unteren Preissegment ein brandaktuelles Modell und derzeit noch nicht lieferbar ist. Ausführlich werden wir Sie im nächsten Heft sowie ab Anfang April unter www.vlb-bayern.de im Internet informieren. Dort wird auch das Bestellformular zum download bereitstehen.

Der VLB betrachtet die Maßnahme als eine Dienstleistung für seine Mitglieder.

Bezirks- und Kreisverbände

BV Unterfranken

Lernfelder – Irrweg oder Chance

Einen derartigen Ansturm von interessierten Kollegen hat in den letzten Jahren keine andere Einladung des Bezirksverbandes ausgelöst wie die zur Informations- und Delegiertenveranstaltung am 23. Januar in den Kickers-Gaststätten in Würzburg. Deren Saal war überfüllt, als nach kurzer Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Wolfgang Lambl Professor Reinhard Bader von der Universität Magdeburg ans Rednerpult trat, um über „Handlungsorientiert(es) Lernen – Das Lernfeld-Konzept in den neuen Rahmenlehrplänen für die Berufsschule“ zu referieren. Er will „der Legendenbildung entgegen wirken, dass die Uni entwickelt, was die Berufsschulen dann auszubaden haben, doch es war kein einziger Uni-Wissenschaftler beteiligt.“ Seine Haltung dazu charakterisierte er als „konstruktiv-kritisch“ und in diesem Sinne legte er seine Erfahrungen dar. Zustimmung signalisierte er für die Absicht, die Handlungsorientierung im Unterricht auf curricularer Ebene abzustützen auf der Basis nicht ganz neuer lerntheoretischer Erkenntnisse, u.a. Piagets und des Konstruktivismus. Ohne zu dogmatisch auf dem Buchstaben des Konzeptes zu beharren – „ich plädiere für Augenmaß und didaktische Pluralität“ – hob Prof. Bader seine nachgewiesene Wirksamkeit wider „träges Wissen“ hervor und seinen Nutzen bezüglich der Umwandlung vorgefundener kritikabler Verhältnisse gemäß gewonnener Einsicht. Wegen der Dominanz anwendungsfähigen Wissens, der Modularisierung der Rahmenlehrpläne und der Offenheit für regionale und sonstige Besonderheiten eigne sich die Handlungsorientierung auch in besonderem Maße, die bisher vorherrschende arbeitnehmer-spezifische Perspektive zugunsten gewünschter unternehmerischer Sichtweisen zu verändern. Vermeintliche Irrwege der KMK sollten deshalb nicht ir-

ritieren, zumal deren immanente „Trägheit“ auch für Kontinuität und Verlässlichkeit bürge. Die Beurteilung von Human- und Sozialkompetenz leite sich allemal aus der pragmatischen Sicht einer angestrebten Handlungskompetenz ab. „Sie sind sicher kreativ genug, das Lernfeld-Konzept zu modifizieren, wenn Sie dies für nötig halten,“ lautete sein Vorschlag nach der Maxime „probegeleitetes Studieren gepaart mit studiengeleitetem Probieren“.



Die beiden Gastredner Prof. Reinhold Bader (links) und Berthold Gehlert.

Flankiert wurden die Ergebnisse des Wissenschaftlers durch Erkenntnisse des NELE-Modellversuchs, die Berthold Gehlert von der BS I Bamberg aus der Praxis referierte. Daraus ergaben sich für ihn nach „Kritik- und Utopiephase“ in der Realisierung von „Lernfeldkonzept und Schulmanagement – Freiräume suchen und nutzen“ überraschende Einsichten, insbesondere bezüglich des Beharrungspotentials althergebrachter Verhältnisse und des Personals. Auch bei der Fragestellung: „Steigert sich die Leistung und das Wohlbefinden durch mehr Freiheiten und weniger Reglementierung?“ erwiesen sich als Hindernisse nicht nur die Organisation (Stundenpläne, Ausstattung, Fachbereichsstruktur) und die vorgefundene Ordnungsmittel (Studentenafel, RLP, Prüfungsordnungen), sondern auch die „heimlichen Lehrpläne“ (Lehrbücher, Zeitdruck, Prüfungsaufgaben) und die Akteure. Während Studentenausch und -übernahmen, das Aufheben von

Stundenteilungen und sonstige Verlagerungen klappten, war bei Vertretungen meist noch der Stundenplanmacher gefragt. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehe immer noch zu sehr der „Verbrauch von Arbeitszeit“, obwohl es günstiger sei, „das Unterrichtsergebnis in den Mittelpunkt zu stellen.“ Dies erfordere jedoch zwingend eine ausgesprochene Vertrauenskultur zwischen Schulleitung und bzw. im Kollegium“. Als Fazit verkündete der Schul-Versuchs-Leiter folgende Erkenntnisse:

- flexible Zeitrahmen werden benötigt,
- häufige Meetings und Absprachen, klare Regeln für die Teamarbeit, Dokumentation sind nötig,
- Selbststeuerung sei mental von Nutzen, jedoch faktisch wenig effizient und
- Unterrichtsergebnisse sind wichtiger als Unterrichtsminuten.

Was bleibt in Zukunft auf alle Fälle? Prof. Baders knappe Auskunft lautete: „Grundlagen, exemplarisch, innovativ“. Wie aber vermittelt man Grundlagen handlungsorientiert? „Sie ergaben sich alle einmal aus Handlungen, d. h. sie werden auch immer wieder in Anwendungen ausgeführt, z. B. Optik anhand des OHP.“

Berthold Gehlerts schlussendliches Resümee zur Frage der Bewertung: „Ein Irrweg ist das positiv eingestufte Konzept nur dann, wenn wir es nicht hochhalten und fördern, indem wir alle an einem Strang ziehen.“

Aktueller Sachstand zu Berufsabschlussprüfungen

Die Veranstaltung bot zudem ein glänzendes Forum für die Darstellung der gegenwärtigen Aktionen zur Mitwirkung der Berufsschullehrer an den Berufsabschlussprüfungen (siehe dazu nebenstehenden Artikel).

Der Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes wurde angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der Sachkenntnis des Auditoriums äußerst zügig abgewickelt. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag eindeutig bei den aktuellen Sachthemen – und das war gut so.

Herbert Geiger



Kürzungen im Bildungssektor mobilisieren neuerdings nicht nur einzelne Lehrergruppen für jeweils ihren Bereich. Am 13. Februar 2004 verschafften sie sich in Würzburg nach einem gemeinsamen Aufruf von BLLV, KEG, brlv, bpv und VLB eine beachtliche Resonanz. Vor schließlich 4000 Teilnehmern demonstrierten die drei Hauptredner – Sofia Liebert (Schülerladen), Prof. Dr. Wolfgang Magin (LEV), sowie Gerhard Bleß (BLLV) – in wesentlichen Fragen der gegenwärtigen Schulpolitik Einigkeit. Bei anhaltend hohem verbalen Anspruch der Staatsregierung an die Bildung mehr Belastungen aber weniger Mittel bereit zu halten, stößt auf ihren Widerstand: „Es reicht, mehr geht nicht mehr!“, war die lapidare, für viele passende Antwort des Bezirksvorsitzenden Wolfgang Lambl bei seinem Podiumsauftritt. -hg-

Prüferentschädigungen der IHK's unangemessen

Die Vorgeschichte:

Die Geduld vieler unserer Kolleginnen und Kollegen ist am Ende: Die deutlich höheren Anforderungen und Belastungen durch die Prüfertätigkeit und die Einführung des LUZ (Unterricht, der nach den Prüfungen stattfinden würde, muss vorgeholt werden / faktorisierte Unterrichtsstunden müssen durch unbezahlte Vertretungsstunden ausgeglichen werden) haben zu einer unerträglichen Situation geführt. Eine seit Jahren inakzeptabel niedrige Prüferentschädigung durch die IHK wird von den Kollegen in Unterfranken nicht mehr einfach hingenommen. Weiterhin auf unsere moralische Erpressbarkeit zu setzen, weil eine Mitverantwortung für die uns anvertrauten jungen Menschen auf unseren Schultern liegt, diese Rechnung der IHK wird nicht aufgehen! Seit einem Jahr ringt der Bezirksverband Unterfranken mit der IHK Würzburg-Schweinfurt um eine einvernehmliche Lösung. Mit Verweis auf den ehrenamtlichen Charakter der Prüfertätigkeit blockt die IHK unser Anliegen immer nur stur ab.

Zahlreiche Kollegen in Unterfranken stellten der IHK ihre Prüfertätigkeit (nur Prüfertätigkeit in unter-

richtsfreier Zeit) für die Sommerprüfung 2003 in Rechnung \neq Mehrarbeitsvergütung von 15,00 Euro/Std. Die IHK kürzte die Rechnungen auf 4 Euro/Std. Vor der Winterprüfung 03/04 erklärten zahlreiche Kollegen (darunter 32 Kollegen des Städt. Kfm. BBZ Würzburg) gegenüber der IHK, nur dann bei der Winterabschlussprüfung mitzuwirken, wenn die IHK bereit ist, eine angemessene Entschädigung zu zahlen oder zumindest die Bereitschaft zu konstruktiven Gesprächen über dieses Thema signalisiert. Dieser Bitte entsprach die IHK nicht, so dass zahlreiche Kollegen erstmals nicht mitprüften. Am Kfm. BBZ in Würzburg wurde diese Aktion von den Personalräten engagiert unterstützt. Der VLB dankt allen Beteiligten! Kurzfristig blieb der Erfolg aus, aber wichtige Punkte klärten sich.

Klarstellungen:

- Alle zuständigen Dienstherren (Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus, die Regierung von Unterfranken und die Stadt Würzburg) versicherten: unsere Forderung nach einer angemessenen Entschädigung ist berechtigt! Man steht an unserer Seite!

- Unsere Dienstherren legten sich fest: Kein Kollege muss mit negativen dienstrechtlichen Konsequenzen rechnen, wenn er die Mitwirkung bei IHK-Prüfungen unter den bisherigen Bedingungen ablehnt.
- Ein Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt von 2002 stellt klar: die Prüfertätigkeit fällt nicht in das Hauptamt des Lehrers und ist auch keine Leistung, die für den Dienstherren erbracht wird, sondern für einen Dritten!
- Das gleiche Urteil stellt fest: eine Anordnung der Prüfertätigkeit ist grundsätzlich zwar möglich, der Dienstherr hat aber zu beachten „dass derartige Anordnungen nicht dazu führen dürfen, dass sich die dienstlichen Verpflichtungen ihrem zeitlichen und sachlichen Umfang nach über dasjenige Maß hinaus erhöhen, was Lehrkräften ohne entsprechende Prüfungsverpflichtungen und nebenamtliche Tätigkeiten obliegt“.
- Regierung und Stadt Würzburg haben für die Winterprüfung 03/04 keine Anordnungen erlassen. Sie erklärten auch, dass es unrealistisch ist, für die Zukunft auf solche Anordnungen zu setzen.
- Nur noch auf höheren Ebenen (Bayern oder sogar Bundesebene) sind erfolgversprechende Gespräche denkbar!

VLB- Positionen:

1. Wir stehen zu unserer Verantwortung für die duale Ausbildung und bekräftigen unsere Bereitschaft, bei den Berufs-Berufsabschlussprüfungen der IHK mitzuwirken.
2. Für ein partnerschaftliches Miteinander müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Unsere Dienstherren fordern: Prüfertätigkeit grundsätzlich in der unterrichtsfreien Zeit, Unterrichtsausfall muss in jedem Fall vermieden werden! Folglich fordern wir von der IHK eine angemessene Entschädigung!
3. Die von den IHK'n bisher gezahlten 4,00 Euro/Stunde sind unangemessen, unanständig und fordern unseren energischen Widerspruch heraus!

4. Der von der IHK herangezogene Vergleich unserer Prüfertätigkeit mit der Tätigkeit von ehrenamtlichen Richtern trifft auf die Situation unserer Kollegen so nicht zu.
5. Eine Verquickung des Themas der angemessenen Prüferentschädigung mit der „10-Stunden-Regelung“ lehnen wir strikt ab! Die Anrechenbarkeit von 10 Stunden ist eindeutig nur auf ausfallenden Unterricht in Nichtabschlussklassen begrenzt. Diese Kann-Bestimmung (!) wurde im Schreiben vom 10.12.2003 der Regierung von Unterfranken (leider) nochmals so im Wortlaut bestätigt.

Der VLB stellt klar: Wir setzen uns für alle Kollegen ein, auch für diejenigen, die keine Minusstunden haben und denen diese Regelung folglich überhaupt keine Entlastung bringt. Außerdem sollte die Unterrichtspflichtzeit für alle Kollegen in Bayern

eine feste Größe bleiben und für den einzelnen Lehrer nicht davon abhängen, ob an seiner Schule eindeutig formulierte Vorschriften jeweils mehr oder weniger großzügig ausgelegt werden. Der VLB kämpft in diesem Punkt für eine für alle Kollegen gleiche Regelung!

Wie geht's weiter?

- Gespräch des VLB mit der IHK München und dem KM.
- Vorbereitung von Musterklagen (u. a. Entscheidung, ob die Prüferentschädigung von 4,00 Euro „angemessen“ ist)

Unsere Bitte / unser Appell:

Wir setzen auf die Solidarität unserer Kollegen, auf die Solidarität der anderen Bezirksverbände und die Solidarität der nicht persönlich betroffenen Kollegen! Nur wenn wir jetzt alle zusammenstehen, werden wir Erfolg haben! *Wolfgang Lambl/Gereon Rempe*

- die geplanten Veränderungen in der Lehrerbildung, besser bekannt unter „Bachelor- und Master-Studium“.

Sauerwein versprach den Anwesenden, dass der Verband alles in seiner Macht stehende tun wird, um zu Lösungen zu kommen, die für uns Lehrkräfte noch verkraftbar sind.

Zum Schluss wurden die anwesenden Lehrkräfte über den Stand der Organisationsreform in der Berufsschule und der Bildung von Kompetenzzentren informiert.

Klemens M. Brosig merkte an, dass offensichtlich in Oberfranken einvernehmliche Lösungen gefunden wurden. Dies sei darauf zurückzuführen, dass hier die Sachaufwandsträger und die zuständigen Stellen gleichermaßen mit den gefundenen Regelungen einverstanden waren. Kreisvorsitzender Ernst entgegnete, dass doch noch Klärungsbedarf vorhanden wäre, da eine Diskussion auf Lehrerebene mangels Informationen nicht erfolgen konnte. Die größten Probleme bestünden in den Bereichen Schülertransport, Fachbereichsverlegung und Lehrerversetzungen.

Am Ende der Veranstaltung ehrte der Verband noch langjährige VLB-Mitglieder: für 50 Jahre: Adolf Worsch, Stella Franz; für 40 Jahre: Margarete Rödel, Waltraud Vogtherr; für 25 Jahre: Harald Alt, Margit Beyer, Michael Bothner, Hajo Dreyer, Gerhard Hoppert, Günther Lang, Gerhard Müller, Georg Rüger und Werner Schneider.

KV Oberfranken-Nord-Ost

Mitgliederversammlung

Zur jährlichen Mitgliederversammlung im Hofer Hotel Central, waren als Gäste der VLB-Landesvorsitzende Hermann Sauerwein, sein Stellvertreter Klemens M. Brosig und die oberfränkische Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm gekommen

Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Alfred Ernst, referierte VLB-Vorsitzender Sauerwein über die aktuelle bildungspolitische Diskussion. Schwerpunkte seiner Ausführungen waren:

- die beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen für den im Sommer fertigwerdenden Lehrernachwuchs,
- die Forderung nach einem Gutachten zur Belastung von Lehrkräften, auch im Hinblick auf bisherige Ergebnisse aus Hamburg bzw. der Europäischen Kommission,

- die Belastung der Lehrkräfte durch die Mitwirkung bei Abschlussprüfungen,
- der Wegfall bzw. die drastische Reduzierung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes,
- die Diskussion um die neu gedachten Altersteilzeitregelungen und

Ein Teil der Geehrten, von links: Hajo Dreyer, Gerhard Hoppert, Georg Rüger, Alfred Ernst und Hermann Sauerwein.



FG Handelsberufe

Eine Fachgruppe geht online

Der Inhalt des Webauftritts

Der Wunsch existierte schon seit etwa zwei Jahren: Eine Kommunikationsebene bilden, die unabhängig von den zwei jährlichen festen Treffen („... am Freitag vor der Prüfung ...“) ist und die Möglichkeit schafft, aktuelle Zwischeninformationen zu geben, ein Archiv anzulegen, auf Fortbildungen hinzuweisen, Termine zu veröffentlichen etc.

Der Kontakt mit dem VLB-Webmaster

Der Sprung ins kalte Wasser erfolgte im Herbst 2003, als der VLB („www.vlb-bayern.de“) und sein Webmaster Hannes Münch mit viel Geduld dem Fachgruppenleiter Gerhard Hacker ein Konzept anbot, das auch bei wenig Übung die Möglichkeit bietet, entsprechend gestaltete Seiten ins Internet zu stellen.

Die Arbeit am heimischen Rechner

Technisch läuft das dann so ab: Der „Nichtprofi“ (z. B. Fachgruppenleiter/in) startet einen beliebigen Internet-Browser auf seinem Rechner und wählt damit Software auf dem VLB-Server an. Er/Sie kann sich damit orts- und zeitunabhängig von einem beliebigen PC aus über das Internet einloggen und auf fertige, für den VLB erstellte Seiten (Designvorlagen oder auch Templates genannt) zugreifen. Diese Vorlagen werden nun menügeführt bearbeitet und mit den ge-

wünschten Inhalten (z. B. Texte, Bilder) gefüllt. Auch Links können gesetzt werden. Zur Kontrolle gibt es noch, bevor die bearbeitete Seite gespeichert wird, eine WYSIWYG-Ansicht (Vorschaufunktion).

Das erste Ergebnis

Zur Zeit wird mit starkem Nachdruck an einer Neuordnung der Ausbildungsberufe im Einzelhandel gearbeitet. Da nicht alle interessierten Kolleginnen und Kollegen zum letzten Fachgruppen-Treffen im November nach Nürnberg kommen konnten, wurde der Inhalt des Hauptreferats (Entwurf der Neuordnung) als PPT-Präsentation ins Internet gestellt („www.vlb-bayern.de“ > INFOS > FACHGRUPPEN > Handelsberufe). Mitte Februar erfolgte nach Rücksprache mit mehreren bayerischen Mitarbeitern im KMK-Rahmenlehrplanausschuss eine knappe Aktualisierung der Daten.

Die Fachgruppensitzung am „Freitag vor der Prüfung“

Auf dem nächsten regulären Fachgruppentreffen (bitte gleich notieren!) am Freitag, 30. April 2004, ab 13:30 Uhr, an der B4 in Nürnberg (www.b4.nuernberg.de) werden dann Berichte und Erfahrungen vom VLW-Einzelhandelstag in Köln und von den Sitzungen des UABBI erwartet; denn die Fachleute erhoffen mit hoher Wahrscheinlichkeit die Einführung der neuen Ausbildungsordnung für Sommer 2004. Die Ergebnisse dieser Sitzung werden dann mit den oben angeführten Möglichkeiten sehr einfach ins Internet gestellt werden und stehen zur Verfügung.

Welche weiteren Themen aktuell diskutiert werden, können Sie im Internet nachlesen. Probieren Sie es doch einmal als Leser und auch als schreibende/r Fachgruppenleiter/in.

*Gerhard Hacker,
E-Mail: Hacker.B4@t-online.de*

AK Fachlehrer

Arbeitskreissitzung im neuen Staatsinstitut

Die Gelegenheit beim Schopfe packend, traf sich der Arbeitskreis Fachlehrer zu seiner letzten Sitzung nach der Fertigstellung der neuen Räumlichkeiten am Staatsinstitut in Ansbach (siehe auch S. 15 – 18 und S. 21).

Neben Hausherr Alfred Strobel nahm auch der stellvertretende Landesvorsitzenden Hans Käfler an der Sitzung teil. Nach der Hausbesichtigung fand ein intensiver Gedankenaustausch zur befürchteten Arbeitszeiterhöhung statt. Seit Jahrzehnten wird das höhere Stundenmaß von Fachlehrern mit der geringeren Belastung durch den Unterricht in geteilten Klassen, sprich Praxisgruppen, begründet. Der AK-Fachlehrer stellt sich daher keine generelle Arbeitszeiterhöhung vor, sondern eine an der Belastung orientierte, differenzierte Lösung für alle Lehrer an beruflichen Schulen. Wer in geteilten Klassen oder in kleinen Klassen mit weniger als 16 Schülern 6 Wochenstunden unterrichtet, müsste dann eine Stunde mehr in der Woche unterrichten. Aus diesen Gedanken heraus ergibt sich das nachfolgende Modell:

Arbeitszeitmodell für alle Lehrer an beruflichen Schulen – Bandbreitenmodell

- > 24 Wochenstunden bei 19 – 24 Std. Unterricht in ungeteilten Klassen > 16 Schüler
- > 25 Wochenstunden bei 13 – 18 Std. Unterricht in ungeteilten Klassen > 16 Schüler
- > 26 Wochenstunden bei 7 – 12 Std. Unterricht in ungeteilten Klassen > 16 Schüler





Im neuen Vorlesungssaal vorne von rechts: Rainer Weidenhiller, Georg Wiedemann, Dorothea Helbig, Wolfgang Moldan, dahinter von rechts; Oswald Schindler, Robert Kölbl, Alfred Strobel, Hans Käfler.

Personalien

Verbandschef in turbulenten Zeiten

Am 27. April vollendet Othmar Doleschal, Ehrenvorsitzender des VLB, sein 75. Lebensjahr. Der Jubilar war von 1976 bis zum Zusammenschluss der beiden Altverbände im Jahre 1991 Landesvorsitzender des VBB. Höhe-



punkte seiner 15-jährigen, mitunter sehr turbulenten Zeit an der Spitze des Verbandes waren u. a. die Novellierung des Lehrerbildungsgesetzes 1977, die Einführung der beruflichen Grundbildung, der Zusammenschluss des VBB mit dem Verband der Lehrer an landwirtschaftlichen Berufsschulen, die ausreichende Planstellen-Versorgung der beruflichen Schulen, die Verbesserung und Systematisierung der Lehrerfortbildung und nicht zuletzt die Vorbereitung des oben genannten Zusammenschlusses von VBB und VDH zum VLB.

Doleschal war Gründungsmitglied der abl und Mitinitiator der „arge alp Berufsbildung“. Im Hauptvorstand des Bundesverbandes der Lehrer an beruflichen Schulen sowie des Deutschen Lehrerverbandes waren sein Rat und seine Stimme sehr geschätzt. In Anerkennung hoher Verdienste um die berufliche Bildung erhielt er 1987 das Bundesverdienstkreuz. Besonders ausgeprägt war und ist Doleschals Verhältnis zu Sprache und Schrift. Wo immer er in Verbandsanliegen das Wort ergriff oder Gedanken zu Papier

- > 27 Wochenstunden bei 1 – 6 Std. Unterricht in ungeteilten Klassen > 16 Schüler
- Eine allgemeinen Erhöhung ist nicht zu verantworten – Lehrergesundheit
- Geteilte Klassen oder sehr kleine Klassen bedeuten weniger Korrekturarbeit, so dass dies als Indikator für eine Arbeitszeiterhöhung dienen kann.
- Arbeitszeitgerechtigkeit für Fach-

lehrer, die auch in Lernfeldern in ungeteilten Klassen oder in Fachtheorie unterrichten wird erreicht.

Ein weiterer Gesprächspunkt war die Einführung von Funktionsstellen für Fachlehrer als Mitarbeiter der Schulleitung, was von allen Beteiligten begrüßt wurde. Das Anliegen wird vom AK Fachlehrer beim nächsten Berufsbildungskongress in Bamberg als Antrag eingebracht werden.

Dorothea Helbig

VLB-Studenten-Fachtagung: Fit für die Zukunft

Unter dem Motto „Fit für die Zukunft“ laden der VLB und seine Studentensprecher dieses Jahr zu ihrer VLB-Fachtagung ein. Neben einem abwechslungsreichen und informativen Rahmenprogramm können auf der Veranstaltung Probleme im Studium in Arbeitskreisen thematisiert und mögliche Lösungen auch zusammen mit kompetenten Ansprechpartnern aus dem Bereich Studium, Referendariat, Ministerium und dem Verband gefunden werden.

Termin: 23.– 24. April 2004

Ort: Würzburg – Heuchelhof, Technikum Hotel

Arbeitskreisthemen:

- Diplomierung des Lehramtsstudienganges,
- Internationalisierung der Abschlüsse (Bachelor, Master),
- Studiengang Elektrotechnik in Erlangen/Nürnberg,
- Neustrukturierung der Lehrerbildung,
- Engagement an der Uni am Beispiel der Hochschulgruppe WiP@Bamberg

Vortrag: StudRef / Beamter auf Widerruf – Wissenswertes

Soweit Sie noch nicht angemeldet sind, nehmen Sie bitte umgehend unter dem Betreff „Anmeldung zur Fachtagung für Studenten“ per E-Mail mit der VLB-Geschäftsstelle: info@vlb-bayern.de oder tom.hofmann@firemail.de oder Tel.: 0172-8 18 74 38 Kontakt auf.

Zu Beachten ist aber, dass die Teilnehmerzahl auf 30 begrenzt ist. Tagesgäste sind jederzeit gerne willkommen. Nähere Informationen sind auch bei www.vlb-bayern.de zu finden.

Auf eine erfolgreiche Veranstaltung freuen sich Stefan Weinzierl und Thomas Hofmann, VLB-Studentensprecher

brachte, vermochte er zu gewinnen. Als maßgeblicher Verbands-Protagonist hat Othmar Doleschal in den Jahren seines Engagements für die Jugend im Beruf und die Lehrer beruflicher Schulen in der Tat viel bewegt.

Der Jubilar stammt aus Böhmen, kam nach dem Krieg nach Bayern, wurde Bauingenieur und ließ sich am Münchener BPI zum Berufsschullehrer ausbilden. Bereits während des Studiums trat er dem VBB bei. Von 1976 bis 1979 war er Personalratsvorsitzender beim Schulreferat der Stadt Augsburg und von 1979 bis zu seiner Ruhestandsversetzung im Frühjahr 1992 leitete er die Berufsschule 6 in Augsburg, eine Schule für Bau- und Holzberufe, der auch BAS und BOS angeschlossen waren.

Nach dem Bayreuther Berufsschultag 1991 zog sich Doleschal von der Frontlinie der Verbandsarbeit zurück, engagierte sich aber weiterhin, indem er für die Senioren Studienreisen organisierte, die sich so großer Beliebtheit erfreuten, dass mitunter Wartelisten notwendig wurden. Heute kommt Othmar Doleschal nur noch hin und wieder einmal zu einem beschaulichen Grüß Gott in der VLB-Geschäftsstelle vorbei. Er erfreut sich bester Gesundheit, reist nach wie vor viel und genießt seinen Ruhestand auch ansonsten in nachahmenswert aktiver Weise. Der VLB gratuliert seinem Ehrenvorsitzenden ganz herzlich zu seinem großen runden Geburtstag und wünscht ihm noch viele schöne Jahre in Zufriedenheit und Wohlbefinden. *-pht-*

Zur Verabschiedung von Ministerialrat Dr. Rudolf Halbritter

Seit 34 Jahren gibt es die Fachoberschulen und Berufsoberschulen in Bayern. Genau 20 Jahre davon hat der jetzt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit gewechselte Ministerialrat Dr. Rudolf Halbritter als zuständiger Referent im Kultusministerium die Geschicke der beiden Schularten gelenkt.



Bei ihrer Sitzung im Dezember 2003 verabschiedeten sich die Kolleginnen und Kollegen der Fachgruppe FOS/BOS von Ministerialrat Dr. Halbritter. Als Abschiedspräsent überreichte ihm der Fachgruppenvorsitzende den anlässlich der Wiener Albertina-Ausstellung erschienenen Albrecht-Dürer-Bildband.

Dr. Halbritter war nach dem Studium der deutschen und englischen Philologie an der Universität Erlangen ein Jahr als Deutsch-Lektor an der Universität Manchester tätig und absolvierte danach das Referendariat. Er arbeitete einige Jahre als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Göttingen, bevor er 1978 als Studienrat am Gymnasium Sonthofen begann und dort auch nebenamtlichen Unterricht an der Fachoberschule erteilte. Bald wechselte er ganz an die FOS Sonthofen, und im Juli 1981 wurde er Mitarbeiter im damaligen KM-Referat III B 10 (FOS/BOS). Nachdem Ministerialrat Franz Noichl in die Abteilung Gymnasien gewechselt war, übernahm Dr. Halbritter am 1. März 1984 als sein Nachfolger die Leitung des Referats.

Das markanteste Ereignis in seiner Amtszeit war sicherlich die Neustrukturierung der Berufsoberschule und die Zusammenführung mit der Fachoberschule zu einer Einheit der beruflichen Oberstufe. Qualitätssicherung und Weiterentwicklung beider Schularten waren und sind in einer Zeit turbulenter Veränderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt wichtige Anliegen, die in Dr. Halbritter einen sehr entschiedenen Fürsprecher hatten. Inhaltliche und strukturelle Änderungen im Bereich der beruflichen Oberstufe müssen sich in erster Linie daran

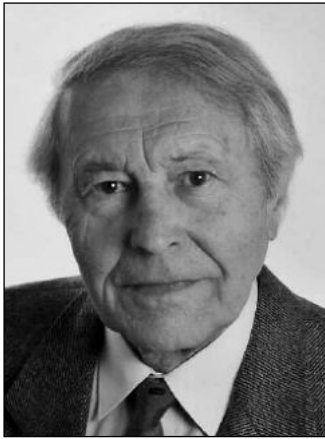
messen lassen, inwieweit sie der Qualifizierung für ein Hochschulstudium förderlich sind – diese Haltung hat er immer konsequent vertreten. Dass er trotz zunehmender Arbeitsverdichtung die Sorgen und Nöte des Personals an diesen Schulen nie aus dem Blickfeld verloren hat, brachte ihm viel Sympathie und Achtung ein. Der VLB und die Fachgruppe FOS/BOS haben seine Art, die Dinge klar anzusprechen, seine Offenheit für den Dialog und seinen unermüdlichen Einsatz für die Fachoberschulen und Berufsoberschulen in Bayern sehr zu schätzen gelernt. Wir danken MR Dr. Halbritter von Herzen dafür und wünschen ihm gute Gesundheit und persönliches Wohlergehen im Ruhestand.

Hansjörg Bosch

In memoriam Otto Nickl

Otto Nickl ist am 18.2.04 in seinem 83. Lebensjahr verstorben. Der am 2.10.1921 im jetzt tschechischen Klein-Hermigsdorf (Landkreis Landskron) geborene Nickl gilt als Pionier auf dem Gebiet der berufsbildenden Schulausbildung weit über die Grenzen des Landkreises Bad Kissingen und Unterfrankens hinaus.

Einige Monate nach seiner Verbeamtung als landwirtschaftlicher Berufsschullehrer wurde ihm 1954 die Leitung der neugegründeten landwirtschaftlichen Kreisberufsschule in Münnerstadt übertragen. In den Krisenzeiten der landwirtschaftlichen Berufsschulen Ende der 60iger Jahre entwickelte er eine Vision: das duale berufliche Schulsystem könnte sinnvoll durch berufliche Vollzeitschulen ergänzt werden. Besonders die sozialen Berufe böten sich im ländlichen Raum dazu an. Die 1968 genehmigte zweijährige Berufsfachschule für Hauswirtschaft und Kinderpflege mit Berufsaufbauschule legte den Grundstein für das Berufsbildungszentrum und das sog. „Münnerstädter Modell“. In den siebziger Jahren wurden dann eine Fachakademie für Sozialpädagogik, das BGJ Agrarwirtschaft, ei-



ne FS für Altenpflege, sowie eine FS für Landwirte und Gärtner angegliedert.

Von Anfang seiner Karriere an war Otto Nickl Mitglied im Verband Landwirtschaftlicher Berufsschullehrer, wo er 13 Jahre lang – von 1953-1966 – in der Vorstandschaft als Pressereferent tätig war und anschließend im VBB, wo er seit seiner Pensionierung 1984 u. a. über die Treffen der ehemaligen Direktoren den Kontakt zum Verband hielt.

Seine Pionierarbeit für das berufliche Schulwesen in Bayern wurde u. a. 1985 durch die Verleihung der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland bei einer Sitzung des Kissinger Kreistags gewürdigt.

Pierre Wolff

Wir gratulieren im April ...

... zum 80. Geburtstag

Plonka, Josef, 18.04.
90482 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Schuberth, Michael, 26.04.
86316 Friedberg, KV Nordschwaben

... zum 75. Geburtstag

Brunner, Luise, 07.04.
82256 Fürstenfeldbruck,
KV Obb.-Südwest
Derdau, Guenter, 25.04.
93176 Beratzhausen, KV Schwandorf
Doleschal, Othmar, 27.04.
81739 München, BV München
Durner, Brigitte, 19.04.
83052 Bruckmühl,
KV Rosenheim/Miesbach

Fäth, Werner, 02.04.
63743 Aschaffenburg, KV Untermain
Goller, Oskar, 15.04.
90768 Fürth, KV Mfr.-Nord
Krauss, Wolfgang, 28.04.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Neumann, Hildegard, 15.04.
95478 Kemnath, KV Opf.-Nord
Paulus, Nikolaus, 26.04.
94315 Straubing, KV Donau-Wald

... zum 70. Geburtstag

Ludwig, Hans, 02.04.
97616 Bad Neustadt, KV Main-Rhön
Thomas, Rolf, 23.04.
86316 Friedberg, KV Augsburg
Wegner, Gerhard, 08.04.
88175 Scheidegg, KV Allgäu

... zum 65. Geburtstag

Bader, Maria, 24.04.
87647 Unterthingau, KV Allgäu
Bergmann, Magdalena, 27.04.
85229 Markt Indersdorf, BV München
Dellert, Theo, 09.04.
63773 Goldbach, KV Untermain
Keller, Wiltrud, 01.04.
86489 Deisenhausen,
KV Nordschwaben
Kroher, Hans, 02.04.
93444 Kötzing, KV Cham
Mehl, Karlheinz, 21.04.
63814 Mainaschaff, KV Ofr.-Nordwest
Meixner, Heinz, 28.04.
63906 Erlenbach, KV Untermain
Obeth-Pelikan, Ingeborg, 16.04.
87527 Sonthofen, KV Allgäu
Ponnath, Elmar, 28.04.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord
Schmid, Rosemarie, 29.04.
91438 Bad Windsheim, KV Mfr.-Nord
Ulbrich, Armin, 18.04.
90455 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Völker, Ursula, 18.04.
90513 Zirndorf, KV Nürnberg
Wiermann, Volker, 11.04.
82152 Planegg, BV München
Zinsmeister, Otfried, 11.04.
94315 Straubing, KV Donau-Wald

... zum 60. Geburtstag

Albel, Siegfried, 02.04.
91438 Bad Windsheim, KV Mfr.-Nord
Arnold, Rolf, 01.04.
86179 Augsburg, KV Augsburg
Dr. Bauer, Ludwig, 07.04.
80935 München, BV München

Dengg, Klaus, 03.04.
83317 Teisendorf, KV Traunstein-BGL
Horn, Jutta, 11.04.
90408 Nürnberg, KV Nürnberg
Hunklinger, Kurt, 29.04.
84543 Winhöring, KV Altötting-Mühlendorf
Knirsch, Gisela, 07.04.
90547 Stein, KV Mfr.-Süd
Kohlbauer, Helmut, 25.04.
94474 Vilshofen, KV Donau-Wald
Kolb, Waltraud, 18.04.
90530 Wendelstein, KV Mfr.-Nord
Krause, Karl-Heinz, 24.04.
91616 Neusitz, KV Opf.-Nord
Lang, Gerhard, 09.04.
86157 Augsburg, KV Augsburg
Rommel, Otto, 21.04.
97246 Eibelstadt, KV Würzburg
Rupp, Heinrich Matthias, 14.04.
86836 Untermeitingen, KV Augsburg
Schneider, Dietmar, 28.04.
91472 Ipsheim, KV Mfr.-Nord
Schulz, Michael, 14.04.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Seyfert, Werner, 16.04.
97437 Haßfurt,
KV Bamberg-Forchheim
Slotta, Ulrich, 30.04.
94526 Metten, KV Donau-Wald
Steingrüber, Christina, 02.04.
95176 Konradsreuth, KV Ofr.-Nordost
Swirzina, Johanna, 06.04.
90475 Nürnberg, KV Mfr.-Nord

Wir gratulieren im Mai ...

... zum 80. Geburtstag

Bräuer, Robert, 09.05.
84381 Johanniskirchen, KV Ndb.-Ost
Geyer, Wilhelm, 13.05.
84034 Landshut, KV Landshut
Holzinger, Edeltraud, 28.05.
94036 Passau, KV Ndb.-Ost
Tischer, Ruth-Maria, 18.05.
91475 Lonnerstadt, KV Mfr.-Nord

... zum 75. Geburtstag

Duhme, Frauke, 01.05.
91207 Lauf, KV Nürnberg
Egner, Karl-Alfred, 12.05.
85051 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Eisenhut, Martin, 29.05.
81739 München, BV München
Kostinek, Karl, 06.05.
96049 Bamberg,
KV Bamberg-Forchheim

Martin, Albert, 16.05.
97456 Dittelbrunn, KV Main-Rhön
Schmid, Norbert, 05.05.
88453 Erolzheim, KV Allgäu

... zum 70. Geburtstag

Berger, Maria Anna, 20.05.
86381 Krumbach, KV Nordschwaben
Bürkl, Doris, 06.05.
91074 Herzogenaurach, KV Mfr.-Nord
Olbrich, Günter, 11.05.
95447 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz
Strohmeier, Günter, 30.05.
82194 Gröbenzell, BV München
Wagenbrenner, Albrecht, 27.05.
97222 Rimpfing, KV Würzburg

... zum 65. Geburtstag

Baumgartner, Erika, 19.05.
82061 Neuried, BV München
Fischer, Ingrid, 13.05.
87616 Marktoberdorf, KV Allgäu
Kanzler, Peter, 31.05.
82284 Grafrath, BV München
Sauerwein, Hermann, 14.05.
97074 Würzburg, KV Würzburg
Schlegel, Gerd, 17.05.
90596 Schwanstetten, KV Nürnberg
Zanker, Stefan, 13.05.
89287 Bellenberg, KV Nordschwaben

... zum 60. Geburtstag

Adam, Ortwin, 18.05.
87569 Mittelberg, KV Allgäu
Betz, Joachim, 16.05.
63743 Aschaffenburg, KV Untermain
Bragulla, Horst, 03.05.
84032 Altdorf, KV Landshut
Frohnholzer-Fegg, Hannelore, 10.05.
94550 Künzing, KV Donau-Wald
Karg, Dieter, 11.05.
84030 Landshut, KV Landshut
Krombholz, Erwin, 27.05.
87674 Ruderatshofen, KV Allgäu
Lobinger, Hans, 25.05.
93093 Donaustauf, KV Regensburg
Mende, Klaus, 24.05.
90475 Nürnberg, KV Nürnberg
Schmidt, Josef, 18.05.
97475 Zeil, KV Main-Rhön
Schwarzer, Emil, 31.05.
85716 Unterschleißheim,
BV München
Wanner, Walter, 08.05.
93049 Regensburg, KV Regensburg
Witty, Thomas Manfred, 23.05.
85053 Ingolstadt, KV Obb.-Nordost

In den Ruhestand sind gegangen ...

Bergmann, Magdalena, BV München
Bruckmoser, Josef, BV München
Dennert, Georg, KV Nürnberg
Ebert, Johann, KV Augsburg
Gampe, Hans, KV Obb.-Südwest
Günther, Wilhelm, KV Obb.-Südwest
Haserer, Ilse, KV Altötting-Mühlendorf
Haunschild, Ute, BV München
Heinelt, Ute, BV München
Hüttisch, Gisela, BV München
Kanzler, Peter, BV München
Koch, Claus-Peter, KV Nürnberg
Kohn, Hannelore, KV Nürnberg
Kroiß, Josef, KV Donau-Wald
Liegel, Manfred, BV München
May, Karl, KV Nürnberg

Pohl, Winfried, KV Würzburg
Schneider, Werner, KV Ofr.-Nordost
Schüssler, Hermann, KV Würzburg
Seibl, Günther, KV Regensburg
Seybold, Georg, KV Regensburg
Spörl, Hans, KV Ofr.-Nordost
Steger, Rudolf, BV München
Unger, Hedwig, KV Würzburg
Wagner, Norbert, KV Würzburg
Weigand, Karin, KV Würzburg
Wieshuber, Helmut, BV München

Wir trauern um ...

Jach, Erich, KV Untermain (94)
Königsdorfer, Maria,
KV Nordschwaben (91)
Lutz, Josef, KV Allgäu (88)

Termine

VLB-Fachtagung: Referendare

Termin: 7./8. Mai 2004
Ort: Würzburg-Heuchelhof
Technikum Hotel

Auch bei der diesjährigen Fachtagung stehen wieder kompetente Ansprechpartner aus den Bereichen Referendariat, Ministerium und Verband zur Verfügung.

Themen:

- strukturelle Änderungen im Lehramtsstudium (Bachelor-, Master-Studiengänge) und im Vorbereitungsdienst (AQUA und seine Auswirkungen)
- Einstellungssituation 2004 u.a. mehr

Vortrag: Referendar: Probleme bei der Anstellung/Versorgung

Anmeldung: über Referendarsprecher der Studienseminare an die Geschäftsstelle: info@vlb-bayern.de
Stichwort: Referendar. Zu beachten ist, dass die Teilnehmerzahl auf 30 begrenzt ist. Tagesgäste sind jederzeit gerne willkommen. Nähere Informationen sind auch unter www.vlb-bayern.de zu finden.

Auf eine interessante Fachtagung freuen sich:

Thomas Barmetler und Engelbert Wiedemann, VLB-Referendarsprecher.

VLB-Fachtagung „Förderberufsschulen“

Konfliktbewältigung im Schulalltag – Ein Praxis- und Trainingsseminar

Ort:

Adolf-Kolping-Berufsschule
München

Termin:

Samstag, 15. 05. 2004,
10.00 – 16.00 Uhr in München

Programm:

Zwei parallel laufende Praxis- und Trainingsseminare über Grundwissen der verschiedenen verbalen und non-verbalen Konfliktlösungs-Strategien.

Kontakt:

Fachgruppenleiter Norbert Keil,
Berufsschule z. sonderpädagogischen
Förderung am BAW in Nürnberg,
Tel: 0911-32 35-300,
Fax: 0911-32 35-399,
E-Mail: nomikenbg41@hotmail.com

Vermischtes

BV Mittelfranken

Anstatt Fasching – Kultur in Dresden

Während die Einen Ski fahren und die Anderen den Fasching feiern, unternimmt der Bezirksverband Mittelfranken des VLB jedes Jahr eine Kulturfahrt. Dieses Jahr war unser Ziel Dresden.

Die Fahrt war voll ausgebucht, als wir am Samstagmorgen abfuhren; und rasch waren wir in der sächsischen Landeshauptstadt angelangt. Nach der Busfahrt war der geführte Rundgang in der Innenstadt zwischen Zwin-

gen von Friedrich-Wilhelm Junge, auf einem zur Kleinkunsthöhle umgewandelten Elbkahn. Führung im Schlosspark in Pillnitz mit seiner berühmten Kamelie; Fahrt ins Elbsandsteingebirge zur Bastei bei Rathen mit den von vielen Bildern bekannten Felsformationen und abends, als kulturellen Höhepunkt der Reise, Mozarts „Die Zauberflöte“ in der Semperoper.

Den letzten Vormittag in Dresden nutzten einige Technik-Begeisterte zu einem Besuch in der gläsernen Automobil-Manufaktur von VW. Schade, dass uns der Preis des Phaeton wieder in die Realität zurückholte.



Mittelfranken auf der Bastei im Elbsandsteingebirge.

ger, Semperoper und der wiedererstehenden Frauenkirche genau richtig, bevor wir im Hotel „Elbflorenz“ – ein wunderschönes mediterranes Hotel in Fußwegentfernung zur Innenstadt – unsere Koffer auspackten.

Der erste Punkt auf unserem Kulturprogramm war abends das Musical von Andrew Lloyd Webber „The Beautiful Game“ in deutscher Erstaufführung an der Staatsoperette Dresden. Hier konnten wir den Nordirlandkonflikt aus der Sicht von Jugendlichen, die eigentlich nur Fußball spielen wollen, erleben.

Die weiteren Tage gingen leider schnell dahin.: Stadtrundfahrt und Führung in Meißen; Abstecher zum Schloss Moritzburg; abends ein Erich-Kästner-Abend, engagiert vorgetra-

Bei dem guten Zuspruch zu diesem Angebot wird sicher auch im nächsten Jahr wieder eine Kulturfahrt des Bezirks Mittelfranken stattfinden.

Horst Lochner

VLB-Studienreise nach Luxemburg, Brüssel und Maastricht

36 Kolleginnen und Kollegen starteten mit dem Bus zu einer 5-tägigen Studienreise nach Luxemburg, Brüssel, Brunssum und Maastricht, um ein abwechslungsreiches Programm zu erleben.

Luxemburg – Hauptstadt im kleinsten Land der EU – präsentierte sich

bei herrlichem Wetter von der besten Seite: Kathedrale, Abtei, Herzoglicher Palast, Regierungspräsidium, Rathaus, Europazentrum, Festung, Kasematten, Türme, Denkmäler, Kirchen usw.

Zahlreiche Beispiele aus der aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) waren ebenso interessant wie der Besuch bei der Bank LBLux. Gesellschaftspolitische und währungspolitische Entwicklungen in der EU sowie die Bedeutung des Finanzplatzes Luxemburg wurden von vier Experten der LBLux dargestellt.

Der zweite Höhepunkt der Reise waren die Europahauptstadt Brüssel und das Studienprogramm bei der EU-Kommission. In sehr anschaulicher und lebendiger Form referierten eine Abgeordnete und vier Kommissions-Mitarbeiter über die Aufgaben, Strukturen und Kompetenzen der europäischen Institutionen. Im Mittelpunkt der vierstündigen Veranstaltung standen die geplante Ost-Erweiterung und die Zukunftssicherung der EU.

Stadtbesichtigung und Stadtrundfahrt, ein Bummel durch die Altstadt, Gotisches Rathaus, Barock- und Renaissancegebäude, Märkte sowie Kirchen und mittelalterliche Bürgerhäuser begeisterten die Teilnehmer. Schon am Grand Place konnte man sich satt sehen sowie in den „Fressgässchen“ satt essen und den Abend genießen.

Im Zentrum für Verifikationsaufgaben in Geilenkirchen präsentierten Experten der Bundeswehr sehr aufschlussreiche Referate über Rüstungskontroll- und Friedenspolitik in der EU (Wesen, Zweck, Gliederung, Verträge über „Offener Himmel“, OSZE, Chemiewaffenabkommen, INF-Vertrag usw.). Ein weiteres „High Light“ war der Besuch der Stadt Maastricht – die älteste Stadt der Niederlande mit einer reizvollen Altstadt; Maastricht wurde durch den Vertrag über die EU das „Sprungbrett Europas“. Der Besuch eines Weinkellers mit Weinprobe bildete den Abschluss eines erlebnisreichen Tages. Die Studienreise wurde abge-



Nicht ganz so leicht, eine Lehrergruppe zu fotografieren: Vor dem Atomium in Brüssel.

schlossen mit einem Besuch im Nato Hauptquartier AFNORTH in Brunssum. Hier hatten die Teilnehmer Gelegenheit, zahlreiche Details über „sicherheitspolitische Aspekte und Aufgaben in der EU und Nato“ sowie über „Partnerschaft für den Frieden“ zu erfahren. Bei sehr hohem Sachver-

stand und präziser Darstellung durch drei Experten blieb keine Frage offen. Hohe Anerkennung und Dank gilt den Referenten! Alles im allem war es wieder eine gelungene Studienreise. Eine gleichartige Fahrt vom 5. bis 9. September 2004 ist in Vorbereitung. *Dietmar Leischner*

Berufsfachschule für Ergotherapie in Rosenheim jetzt staatlich anerkannte Schule

Die Ergotherapie ist ein wichtiger Bestandteil im Gesamtkonzept zur Rehabilitation von kranken und behinderten Menschen. Dabei bedient sie sich der motorisch-funktionellen, neuro-physiologischen, neuro-psychologischen, psychosozialen und arbeitstherapeutischen Behandlungsverfahren.

In der Berufsfachschule für Ergotherapie im beruflichen Fortbildungs-

zentrum der bayerischen Wirtschaft in Rosenheim (bfz), werden die Teilnehmer und Teilnehmerinnen in dreijähriger Ausbildung auf die staatliche Prüfung der Regierung von Oberbayern vorbereitet.

Nach einem Jahr Vollzeitunterricht gehen die Schüler und Schülerinnen für ein Jahr in vier verschiedenen Praktika und zwar in die Bereiche Orthopädie oder Neurologie, Psychiatrie, Pädiatrie und Arbeitstherapie. Im letzten halben Jahr erfolgt weitere Stoffvermittlung und intensive Vorbereitung auf die Abschlussprüfung.

Die Fähigkeit zur Selbstreflexion wird großgeschrieben und zieht sich durch alle Fächergruppen. In den ergotherapeutischen Fächern wird großer Wert auf das Rollenspiel und Selbsterfahrung gelegt. Dadurch wird die Kommunikation und soziale Kompetenz gesteigert.

Nach einjähriger Planungsphase und staatlicher Genehmigung nahmen am 16. September 1999 28 Teilnehmer und Teilnehmerinnen in der Berufsfachschule für Ergotherapie in Rosenheim ihre Ausbildung auf.

Mittlerweile verließen zwei Prüfungsjahrgänge mit sehr gutem Erfolg die Schule.

Mit Wirkung vom 01.01.2004 erhielt die Schule durch das Kultusministerium die staatliche Anerkennung.

Mitte Januar 2004 erfolgte durch den Ausbildungsausschuss des Deutschen Verbandes der Ergotherapeuten (DVE) die WFOT-Anerkennung (World Federation of Occupational Therapists). Diese Anerkennung zeigt, dass die Schule die geforderten Standards erfüllt. Mit dem Erwerb der WFOT-Anerkennung ist es den Absolventen der Schule möglich im Ausland, auch in Nicht-EU-Staaten, anerkannt im Beruf des Ergotherapeuten zu arbeiten. Von der Anerkennung ist im Ausland die Arbeitsgenehmigung bzw. die Möglichkeit Zusatzqualifikationen zu erwerben, abhängig.

Die Vorbereitungen für den 6. Ausbildungskurs, der im September dieses Jahres beginnt, sind bereits angelaufen. Bewerbungen werden noch entgegen genommen.

-VLB-



Durch praktische Erfahrung lernen – Schüler der BFS.



Stadt Augsburg

Wir suchen für unsere **beruflichen Schulen (Berufsschulen und Reischlesche Wirtschaftsschule)** zum Schuljahresbeginn 2004/2005

Lehrkräfte

mit abgeschlossener Ausbildung für das höhere Lehramt an Berufsschulen für die Fachrichtung

- Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft mit beliebigem Zweitfach
- Wirtschaftswissenschaften mit bevorzugtem Zweitfach Englisch oder kath. Religion
- Elektrotechnik mit bevorzugtem Zweitfach Englisch
- Metalltechnik mit Schwerpunkt Kraftfahrzeugtechnik mit bevorzugtem Zweitfach Englisch
- Metalltechnik mit Schwerpunkt Steuerungs- und Fertigungstechnik mit bevorzugtem Zweitfach Englisch

und pädagogisch ausgebildete

Fachlehrer/innen

für das Berufsfeld

- Schreibtechnik/Textverarbeitung
- Handarbeit/Hauswirtschaft

- Metalltechnik mit Schwerpunkt Werkzeugbau/Fertigungstechnik

Ferner suchen wir

Diplomhandelslehrer/innen

mit beliebigem Zweitfach, bevorzugt Englisch.

Im Laufe der Bedarfsplanung können sich auch in anderen Fächern noch Einsatzmöglichkeiten ergeben. Aktuelle Informationen sind dem Internet unter www.augsburg.de/lehrer.html zu entnehmen.

Die Besoldung bzw. Vergütung erfolgt nach dem Bundesbesoldungsgesetz bzw. nach dem Bundesangestelltentarifvertrag.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Ihre Bewerbung senden Sie bitte bis spätestens **19.04.2004** mit Lichtbild, Lebenslauf und Zeugniskopien an die **Stadt Augsburg, Personalamt, Personalwirtschaft/2, An der Blauen Kappe 18, 86152 Augsburg.**

Telefonische Auskünfte werden unter der Rufnummer (0821) 3 24 - 22 33 erteilt.

Leser Schreiben

Die Redaktion der VLB-akzente hat eine Reihe von Leserzuschriften erhalten:

Zur aktuellen Diskussion um die Fachlehrausbildung schrieb Sascha Veitl:

Die Fachlehrer sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren.

Damals, noch vor wenigen Jahren, als ich selbst noch Schüler war, damals wurde ich unterrichtet im Fach Maschinenschreiben. Das Fach hieß nicht nur Maschinenschreiben, es war vor allem auch Maschinenschreiben. Damals schrieben wir 10-Minuten-Abschriften und Briefe mit schweren, mechanischen Schreibmaschinen.

Nur wenige Jahre später entschloss ich mich, selbst Fachlehrer zu werden.

Ich bewarb mich in Augsburg am Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern, nahm an den Aufnahmetests teil, bestand und begann schließlich die zunächst vierjährige Vollzeitausbildung und absolvierte anschließend den zweijährigen Vorbereitungsdienst. Sechs Jahre also insgesamt – so lange sollte sie inzwischen dauern, die neue, integrierte Fachlehrausbildung. Maschinenschreiben war nicht mehr – Textverarbeitung hieß das neue Fach. Nicht nur, dass jetzt am Computer geschrieben wurde. Nein, neue Disziplinen kamen mit dem neuen Medium in den alten Unterricht. Nun wurden Texte mit Textverarbeitungsprogrammen ver- und bearbeitet. Die Autorenkorrektur war geboren. Und während unsere Vorgänger zuvor drei Fächer auswählen konnten, musste wir nun die Ausbildung in vier Fächern absolvieren: Textverarbeitung, Kurzschrift, Werken und Technisches Zeichnen. Vier Fächer für einen

Lehrer – ganz schön viel! Vor allem auch, weil sich nicht nur Maschinenschreiben, sondern auch das Fach „Technisches Zeichnen“ mit der Einführung des Computers in die Schulen weiterentwickeln sollte. „CAD“ – Zeichnen am Computer – das war das Neueste und sollte die alte Zeichenplatte mehr und mehr verdrängen. Wir ließen uns darin gerne ausbilden. Stellte man uns doch in Aussicht, bald schon – was die Besoldung betrifft – aufgestuft zu werden. Darin waren sich unsere Ausbilder einig, „nun müsse man ja wohl endlich – was ohnehin schon längst fällig schien, die Fachlehrer angleichen ...“.

Der Vorbereitungsdienst hatte gerade mal begonnen, da kam auch schon der neue Lehrplan für Hauptschulen heraus. „Textverarbeitung“ sollte von nun an „KBB“ heißen. „KBB“ – das hörte sich nicht nur anders an, das war auch anders. Völlig neue Inhalte rund um den schnellebi-

gen Computer wurden schon wieder in das erst kürzlich erneuerte Fach integriert. Und „Werken/Technisches Zeichnen“, das hieß von nun an „GTB“, CAD inklusive, versteht sich. Na, ja, was soll's. „Wir Fachlehrer stellen uns den veränderten Herausforderungen. Wir zeigen, wer wir sind“, motivierte uns unser Seminarlehrer. „Aber wer sind wir denn eigentlich“, fragten wir uns? Längst haben wir begriffen, dass wir diejenigen sind, die – egal an welcher Schulart sie unterrichten – für die meisten Stunden das wenigste Gehalt bekommen. Längst haben wir begriffen, dass wir als Billiglehrer, in vier Fächern ausgebildet, gut einsetzbar sind, besonders gerne auch an Nachmittagen. Viele von uns fangen ja zu einer Uhrzeit zu arbeiten an, in der die anderen, Nichtfachlehrer nach Hause gehen. Längst haben wir begriffen, dass die anderen uns nicht begreifen. Sieht man denn nicht, dass auch wir eine lange Ausbildungszeit zu absolvieren haben. Zwar mag es grundsätzlich möglich sein, mit nur mittlerer Reife die Fachlehrerausbildung zu beginnen. Doch haben die meisten von uns zuvor eine Berufsausbildung absolviert und/oder Abitur. Sind wir allerdings erst mal Fachlehrer, haben wir kaum Möglichkeiten, uns außerhalb des Fachunterrichts zu verändern oder weiter zu kommen. Als ich nach Beendigung des Vorbereitungsdienstes das Fach „Schulpsychologie“ studieren wollte, sagte man mir an der Uni, ich könne jederzeit damit beginnen, natürlich. Ich hätte Abitur, ich könne Pädagogik studieren, oder Psychologie, als ausgebildeter Lehrer natürlich auch Schulpsychologie, natürlich. Am Ministerium dagegen sagte man mir mit ebensolcher Klarheit, es würde keinen Sinn machen, für mich, als Fachlehrer. Es sei nun mal nicht vorgesehen, ein Fachlehrer als Schulpsychologe, „das hätten wir ja noch nie gehabt“ – ernüchternd!

Die Fachlehrer verändern sich. Sie müssen sich verändern und sie wollen sich verändern. An Realschulen unterrichten sie neustens das junge, wissenschaftliche Fach „Informationstechnologie“. Von Maschinenschrei-

ben redet man schon lange nicht mehr. Was wird als nächstes kommen? Was wird sich an den Berufsschulen für uns verändern? Wird ein neuer Lehrplan bereits gestrickt? – gewiß doch! Mit uns hat man noch einiges vor. Auf uns kann man sich verlassen. Wir arbeiten viel für wenig Geld. Inzwischen unterrichten wir „wissenschaftlich“ für A 10.

Wir Fachlehrer sind nicht mehr, was wir einmal waren, weil unsere Fächer nicht mehr sind, was sie einmal waren. Unser Gehalt jedoch, das ist noch, was es immer war – unangemessen, viel zu gering, für das, was unsere Arbeit wert ist – heute, mehr denn je.

Zu unserem Beitrag auf der Seite 36 in Heft 02/2004 verfasste Hans-Jörg Köhler folgenden Brief:

Lieber Herr Kollege Lämpel, köstlich – einfach köstlich. Sie sprechen mir aus dem Herzen. Aber - Sie sind, wie man an Ihrem Portrait sieht - wenigstens willig! Sie arbeiten aus freien Stücken weit über das 65. Lebensjahr (die zukünftige Antragsaltersgrenze) hinaus. Oder ist es gar nicht freiwillig? Müssen Sie nachsitzen? Oder nehmen Sie an einem geheimen Schulversuch („Lehrer mit 68“) teil?

Ich werde heuer 60. Die Ergebnisse dieses Schulversuchs – wenn es so ist – interessieren mich brennend. Können wir dann in etwa zwei, drei Jahren, wenn Sie den Ruhestand erreicht haben, darüber einiges erfahren?

Mit freundlichen Grüßen und einem fröhlichen „Lach am Lech!“

Ihr Kollege Köhler aus Augsburg

„Gegen mehr Pflichtstunden sind Lehrer (fast) machtlos“ schrieb Annemarie Lippl-Weiß:

Ihrer Aufforderung, zum Thema Stundenvermehrung zu Lasten der Gesundheit Stellung zu nehmen, komme ich auch als Nicht-Mitglied gerne nach.

Das magische Stundenmaß 24 stammt ja noch aus den Zeiten, als die 48-Stunden-Woche üblich war. Für Lehrer wurde die Hälfte der Arbeitszeit der Beamten als Pflichtstundenzahl angesetzt – eine realistische Zahl, wenn man die Verwaltungsarbeit und die Arbeit, die zu Hause (vor allem Korrekturen und Unterrichtsvorbereitung – ja, es soll Lehrer geben, die es nötig haben, sich auf den Unterricht vorzubereiten) anfällt, als Arbeitszeit und nicht als Freizeitgestaltung sieht.

Die momentane Politik der Staatsregierung, Stundenzahlen mehr und weniger willkürlich natürlich nach den Landtagswahlen – zu erhöhen, ist einer hohen Unterrichtsqualität alles andere als dienlich. Eine Lehrkraft kann darauf unterschiedlich reagieren

- sich selber auszubeuten und in ein Burn-Out-Syndrom zu schlittern, das auf vorzeitige Pensionierung hinausläuft,
- die Vorbereitungszeit pro Unterrichtsstunde zu reduzieren,
- Auszeiten in Form von Krankentagen zu nehmen,
- jegliche weitere Aktivität für die Schule zu verweigern ,
- Dienst nach Vorschrift zu praktizieren und
- innerlich zu kündigen.

Wie viele KollegInnen sind noch bereit, sich für Ihre Schule zu engagieren, wenn diese nicht mehr ihre Schule ist? Dazu kommt das „verpflichtende Arbeitszeitkonto“ – ein Modell, das, so viel ich mitbekommen habe, sogar vom VLB mitgetragen wurde. Natürlich haben Beamte eine Bringschuld, aber müssen sie nicht auch vor Ausbeutung geschützt werden, um ihre Arbeitsfähigkeit langfristig zu erhalten? Und was ist mit all den Stunden, die Berufsschullehrer zusätzlich investieren in Fortbildung, Praktikum, Tätigkeit in Prüfungsausschüssen, Schulentwicklung, Unterrichtsgänge/Betriebserkundungen, Abschlussfahrten, Pflege der Kontakte zu den Betrieben, Pressearbeit, Jahresberichterstellung? Fast alles Stunden, die in der offiziellen Statistik nicht erfasst werden!

Als Beispiel mein kleines, privates Arbeitszeitkonto, das ich führe, seit das Thema für Furore sorgt:

Schuljahr 2001/2002:

ausgefallene Stunden 57

zusätzliche Stunden 210

Schuljahr 2002/2003:

ausgefallene Stunden 114

zusätzliche Stunde 399

Schuljahr 2003/2004:

derzeit ausgefallene Stunden 24

zusätzliche Stunde 85

Als Angestellter hätte ich wenigstens ein Streikrecht und könnte hoffen, dass die Gewerkschaft die Interessen der Basis vertritt.

Für unser Standardwerk (erschienen 1972)

Fertigungstechnik I

Qualitätsmanagement – Längenprüftechnik – Abtrennen (Spanen, Abtragen) – Werkzeugmaschinen – Steuerung von Werkzeugmaschinen
Fertigungsautomatisierung – Zahnrad- und Gewindefertigung
Aufgaben und Laborübungen suchen wir jüngere
Nachfolgeautoren/autorinnen, möglichst Lehrer/innen
an Fachschulen für Technik.

Bei Interesse senden wir Ihnen die laufende 14. Auflage gern zu.
Bitte schreiben Sie an

VERLAG HANDWERK UND TECHNIK GmbH
Lademannbogen 135, 22339 Hamburg

Bayerische Fußballmeisterschaft der beruflichen Schulen 2004

Bereits zum 20. Mal wird in diesem Schuljahr die Bayerische Fußballmeisterschaft der beruflichen Schulen ausgetragen werden.

Die Bezirksturniere sollten in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten unter Federführung der Bezirksverbänden durchgeführt werden. Der jeweilige Bezirkssieger nimmt an der Bayerischen Meisterschaft teil.

Terminplanung für die Bayerische Meisterschaft:

Meldeschluss: Mittwoch, 26. Mai 2004
Auslosung: Donnerstag, 27. Mai 2004 in Würzburg
Durchführung der Spiele: bis spätestens 24. Juli 2005.

Anfragen und Meldungen richten Sie bitte an den BV Unterfranken:
Städt. BBZ I, Zwerchgraben 2, 97074 Würzburg, Telefon 0931 - 7 95 31 03

Walter Wagner: Telefon 09367 - 9 93 69 oder
Karl-Heinz Dotzler: Telefon 0931 - 2 29 91

Richtigstellung

Zur Bildunterschrift auf S. 31 in Heft 01/2004: Das Dirigieren bezog sich allein auf die Handbewegung von VLB-Seniorenvertreter Berthold Schuster. Verantwortlich für die Organisation war selbstverständlich der Münchener Seniorenvertreter Dieter Röde.

Autorenverzeichnis

Helbig, Dorothea

VLB- Referentin für Fachlehrer
Brunnenstube 18, 97234 Reichenberg,
Tel.: 09366 - 76 03

Krax, Georg

BS, Bezoldweg 31, 91541 Rothenburg
o.d.T., Tel.: 09861 - 30 94

Lambl, Wolfgang

VLB-Dienstrechtsreferent
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: 09363 - 52 78

Münch, Johannes

VLB-Webmaster
Rotspitzweg 16 , 86931 Stadbergen-
Deuringen, Tel.: 0821 - 24 30 23

Pohlmann, Heiko

VLB-Referent für Lehrerbildung,
Kapellenstr. 82, 82239 Alling,
Tel.: 08141 - 81 85 24

Sauerwein, Hermann

VLB-Landesvorsitzender
Walter-von-der-Vogelweide-Str. 22,
97074 Würzburg, Tel.: 0931 - 8 12 10

Zinth, Christiane

WS, Nunnenbeckstr. 40,
90489 Nürnberg, Tel.: 0911 - 55 05 93

Arbeitszeit-Streit: Lehrer alarmieren das Ausland

Brandbriefe an Tourismusgebiete

VON DIRK WALTER

München - Die bayerischen Lehrerverbände bringen die österreichischen und italienischen Tourismusgebiete gegen die drohende Arbeitszeit-Erhöhung in Stellung. Freiwillige Leistungen der Lehrer wie Skilager, Studienfahrten oder Schullandaufenthalte würden daher „nicht mehr organisiert werden“, heißt es in einem Schreiben, das unter anderem an die Landeshauptmänner (Ministerpräsidenten) von Salzburg sowie Tirol geschickt wurde.

Der auf den 25. Februar datierte Brief, der unserer Redaktion vorliegt, wurde von der Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände (ABL) verfasst. Unterzeichner sind die Vorsitzenden des Philologenverbands, der Katholischen Erziehergemeinschaft, des Realschullehrerverbands sowie des Verbands der Berufsschullehrer.

Anlass des Schreibens ist das Sparprogramm der bayerischen Staatsregierung, das eine Arbeitszeiterhöhung für Beamte und damit auch Lehrer beinhaltet. „Dies wäre die dritte Arbeitszeiterhöhung für die Lehrkräfte in Bayern innerhalb von zehn Jahren“, heißt es. Mehrere Gutachten würden aber belegen, dass

die Lehrkräfte mit 44 Arbeitsstunden (unterrichtsfreie Zeit mit eingerechnet) „deutlich mehr Stunden als der Durchschnitt der Erwerbstätigen in Deutschland“ leisten. Eine Umfrage bei den Lehrkräften in Bayern habe ergeben, dass über 80 Prozent der Lehrer keine unbezahlten Mehrleistungen mehr erbringen wollten.

Daher sei „damit zu rechnen, dass an vielen Schulen im Schuljahr 2004/2005 Skilager, Studienfahrten, Schullandaufenthalte u.a. nicht mehr organisiert werden“. Weil „bayerische Schulklassen auch Orte in Ihrem Einzugsbereich anfahren“, sollten die Betroffenen rechtzeitig Bescheid wissen, schließt das Schreiben. Empfänger sind unter anderem die Landeshauptmänner Herwig von Staa (Tirol), Franz Schaubberger (Salzburg) und Luis Durnwalder (Südtirol), ferner der Tourismusverein Bozen, aber auch die bayerischen Tourismusverbände Allgäu, Pfaffenwinkel und Fünf-Seen-Land.

Das bayerische Kultusministerium betrachtet das Schreiben „gelassen“. Es sei davon auszugehen, „dass die Lehrer weiter in die Skilager fahren werden, auch wenn sie eine Stunde mehr arbeiten sollten“, sagte Sprecherin Claudia Piatzer.